Redebuch

2023

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Initiative Bremer Montagsdemo: Redebuch. Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 – 2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017 – 2018 – 2019 – 2020 – 2021 – 2022 – 2023

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

2023

Grundsätze

Januar: **745.**

Februar: **746.**

März: **747.**

April: **748.**

Mai: **749.**

Juni: **750.**

Juli: **751.**

August: **752.**

September: **753.**

Oktober: **754.**

November: **755.**

Dezember: **756.**

Kontakt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern

der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

745. Bremer Montagsdemo

am 09. 01. 2023

Lützerath verteidigen – Braunkohle-Tagebau stoppen!

Schon seit letztem Montag reißen Polizeikräfte Tore, Barrikaden und Gerüste an den Eingängen des Weilers Lützerath ein, um dem Tagebaubetreiber RWE Zugriff auf die Braunkohle unter dem Dorf zu ermöglichen. Ein breites Bündnis von Umweltaktivist(inn)en hat den „Tag X“ ausgerufen, um durch massiven Widerstand Lützerath zu verteidigen und das nächste Umweltverbrechen zu verhindern.

Dieser Widerstand hat die volle Solidarität der Bremer Montagsdemonstration! Das Dorf Lützerath soll ab 10. Januar mit Polizeigewalt geräumt werden, damit RWE zusätzlich 280 Millionen Tonnen Braunkohle fördern kann. Maximalprofit ruiniert mutwillig den Planeten und die Zukunft vieler Generationen. Der Bevölkerung wird von Bundes- und Landesregierung die Lüge aufgetischt, nur so könne die Energieversorgung gesichert werden.

Dazu wird ein Gutachten vorgelegt, das im Auftrag von RWE erstellt wurde. Kein Wunder! Anderslautende Gutachten werden einfach unter den Teppich gekehrt. Dabei hatten drei Studien von Wissenschaftler(inne)n der Europa-Universität Flensburg, der Technischen Universität Berlin und des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ bereits im August 2022 festgestellt, dass die Braunkohle unter dem Dorf Lützerath nicht benötigt wird, um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen.

Trotzdem hat die Bundesregierung am 2. November 2021 beschlossen, die jährliche Braunkohle-Fördermenge von 20 auf 32 Millionen Tonnen zu erhöhen und die Kraftwerksblöcke Neurath D und E, die eigentlich bis Ende 2022 abgeschaltet werden sollten, bis Ende März 2024 weiterlaufen zu lassen. Das angebliche Vorziehen des Endes der Braunkohle-Förderung von 2038 auf 2030 ist ein Trick.

Das kommentiert Sara Bauer, eine der Sprecherinnen der Initiative „Lützerath lebt“, treffend: „Der Hinterzimmer-Deal der Grünen Mona Neubaur und Robert

Habeck mit den RWE-Bossen ist eine heuchlerische Mogelpackung. Es werden keine Emissionen eingespart, sondern die Kohle wird einfach nur früher verfeuert. Auch bei uns in Deutschland zeigen Habeck und Konsorten, dass sie keine Politik für Menschen, sondern für Konzerne machen."

Gebetsmühlenartig wird eine drohende Energieknappheit beschworen, um die Rolle rückwärts in der Umweltpolitik der „Ampel"-Koalition zu rechtfertigen: den Ausbau des Kohle-Abbaus, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten, die Flüssiggas-Terminals, das Fracking-Gas. Dabei könnte die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien längst abgeschlossen sein, wenn sie in den vergangenen Jahren energisch verfolgt worden wäre. Im letzten Jahr haben Experten errechnet, dass mit Investitionen von 40 Milliarden Euro das russische Gas in kürzester Zeit komplett durch erneuerbare Energien ersetzt werden könnte.

Wir brauchen ein rasches Ende des fossilen Zeitalters! Jetzt schon töten Klimakatastrophen wie die Fluten in Nigeria, Bangladesch und hierzulande im Ahrtal viele Menschen. Die Anzahl der Kipppunkte nimmt zu, und wir stehen am Beginn einer globalen Umweltkatastrophe. Nur gemeinsam können wir die Erde vor dem drohenden Kollaps retten! Der Widerstand der Bevölkerung hat den Hambacher Forst gerettet. Er wird auch Lützerath verteidigen! Wer sich am Widerstand in Lützerath beteiligen möchte, findet Mitfahrgelegenheiten bei „Ende Gelände" und bei „Lützerath lebt".

„Fridays for Future" veranstaltet am **Mittwoch** dieser Woche um **15:30 Uhr** auf dem **Domshof** eine **Protestkundgebung** vor der Deutschen Bank, denn „ohne Finanzierer wie die Deutsche Bank wäre der Zerstörungsversuch von Lützerath und das dreckige Geschäft von RWE – einem der Konzerne, die vergangenes Jahr erneut Rekordprofite eingestrichen haben – gar nicht möglich. Gleichzeitig haben viele Menschen Existenzängste.

Wir wollen uns mit Lützerath solidarisch zeigen und gleichzeitig die Ursache des Problems benennen. Es zeigt sich immer wieder, dass dieses System Profitinteressen über Menschenleben stellt. Das lassen wir nicht zu! Geld ist kein Menschenleben wert! Deshalb: Kommt mit uns am **11. Januar 2023** auf die Straße, wir sehen uns!"

Harald Braun („Umweltgewerkschaft")

„Mordor": Greta Thunberg weggetragen *(„Bayerischer Rundfunk")*

Über Hochwasserschutz darf nicht abgestimmt werden: Über eine Spundwand hinter den Platanen kann niemand hinwegsehen – doch der neue Deich wäre genauso hoch, ohne die hässlichen Industriebauten verdecken zu können *(„Tageszeitung Bremen")*

„Trennt euch": Niemand braucht eine Partei, die in grundsätzlichen Fragen gegensätzliche Botschaften sendet *(„Tageszeitung")*

Da kriegen Lehrer(innen) kalte Füße: Die Hausaufgaben schreibt der Computer jetzt selber *(„The Atlantic“)*

Fachkräfteschwemme: Microsoft kündigt Abbau von 10.000 Stellen an – und Investition von zehn Milliarden Dollar in künstliche Intelligenz *(„Heise“)*

„Das Feuer der Hölle in meinen Augen“: Vor uns liegt das Zeitalter des Bullshit-Pop *(„The Red Hand Files“)*

Ich liebe diesen Sci-Fi-Shit

Ein wiederholter Triumph der Wissenschaft und Technik beamte uns zurück in die Sechziger oder in die Zukunft der Erkundung des Mondes, als „Orion“ nach mehreren Umkreisungen um den Mond in den Ozean plumpste. Bald werden wieder Menschen den kleinen Schritt auf den Mond wagen, und die Menschheit wird sich zu dem großen Sprung aufmachen, den Trabanten zu besiedeln. Ich liebe diesen Sci-Fi-Shit.

Ich hätte aber lieber Städte für Menschen statt für Autos, faire Lohnpolitik, Arbeitspolitik, bezahlbaren Wohnraum, Bereiche für alle, auch alternative Lebensräume, Mehrgenerationenhäuser, Friedenspolitik , Sicherheitspolitik, Vergesellschaftungsformen statt lediglich Grundversorgungsbetriebe oder Megakonzerne, eine pünktliche, pannenfreie Bahn, fossilfreie Energie, Nahrung und eine lebenswerte Welt für alle. Wenn auch der fragwürdige Sinn einer Landung auf dem Mond ein alter Hut ist, so ist Gil Scott Herons Lyrik aktueller denn je.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

A rat done bit my sister Nell.
(with Whitey on the moon)
Her face and arms began to swell.
(and Whitey's on the moon)
I can't pay no doctor bill.
(but Whitey's on the moon)
Ten years from now I'll be payin' still.
(while Whitey's on the moon)

The man jus' upped my rent las' night.
('cause Whitey's on the moon)
No hot water, no toilets, no lights.
(but Whitey's on the moon)
I wonder why he's uppin' me?
('cause Whitey's on the moon?)
I was already payin' 'im fifty a week.
(with Whitey on the moon)

Taxes takin' my whole damn check,
Junkies makin' me a nervous wreck,
The price of food is goin' up,
An' as if all that shit wasn't enough
A rat done bit my sister Nell.
(with Whitey on the moon)
Her face an' arm began to swell.
(but Whitey's on the moon)

Gil Scott Heron: Whitey On The Moon (1970)

Putins eugenischer Feldzug: Russland verfolgt im Zug des Krieges in der Ukraine verschiedene Strategien rassischer „Säuberung“ *(„NZZ“)*

„Zum Putsch fehlt nur etwas Organisation“: Putins Opportunisten-Militär ist verärgert über Prigoschyns Kriminellen-Armee *(„The Daily Beast“)*

Bloß nicht als deutscher Kriegshetzer gelten: Olaf Scholz erweckt lieber den Eindruck der Zögerlichkeit *(„N-TV“)*

Der Räterepublik gedenken, ohne die Parteien zu nennen?

Der Einsatz für eine sozialistische Zukunft war, ist und bleibt wesentlicher Bestandteil des Gedenkens an die mutigen Kämpfer der Bremer Räterepublik. Dem Antikommunismus keine Chance! SPD-Funktionäre in DGB- und SPD-Vorstand Bremen spalten das breite, linke Bündnis zum Gedenken an die Bremer Räterepublik. Sie haben beschlossen, nicht mehr am gemeinsamen Rätegedenken auf dem Waller Friedhof teilzunehmen, sondern ihre eigene Veranstaltung zu machen. Ihre Begründung: die Rede von Lena Salomon (MLPD) beim Rätegedenken 2022.

Sie hatte darin unter anderem gesagt: „Bei der Vorbereitung der heutigen Veranstaltung wurde der Vorschlag gemacht, im Unterschied zu früheren Jahren die Parteizugehörigkeit der Rednerinnen und Redner wegzulassen. Wie kann es sein, dass ausgerechnet beim Rätegedenken nicht gewollt ist, den Namen von Revolutionären, von kommunistischen und marxistisch-leninistischen Parteien zu nennen? Ist es nicht ein etwas trostloser Ausdruck von Antikommunismus, dass sich Revolutionäre hier verstecken sollen? Das wichtigste Ziel der Novemberrevolution war der Aufbau des Sozialismus! Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Gründe hierfür waren unter anderem, dass eine starke revolutionäre Massenpartei fehlte.“

Das passte dem nächsten Redner, Ernesto Harder, wohl nicht. Er war vor seiner Wahl zum DGB-Kreisvorsitzenden hauptamtlicher IG-Metall-Funktionär und davor SPD-Vorsitzender in Bonn. Er getraute sich nicht, sein wahres Gesicht zu zeigen. So betonte er in seiner Rede die Notwendigkeit der überparteilichen Zusammenarbeit, ausdrücklich auch mit der MLPD, und dass er nicht nur für den DGB, sondern auch für die SPD spreche. Nun hat bestimmt niemand etwas dagegen, wenn sich auch Sozialdemokraten am Rätegedenken beteiligen. Aber wir haben auch nicht vergessen, wer die Räterepublik blutig niederschlagen ließ und sich dabei auf faschistische Freicorps stützte: die SPD! Innenminister war Gustav Noske, SPD, der über seine eigene Rolle damals sagte: „Einer muss der Bluthund sein!“

Wenige Tage nach dem Rätegedenken 2022 begann der verhängnisvolle Krieg in der Ukraine. Fast alle Imperialisten sind zur Vorbereitung eines Dritten Weltkriegs übergegangen. Keine der kriegsführenden Parteien führt einen „gerechten“ Krieg, weder das inzwischen ebenfalls imperialistische Russland noch die Nato mit den USA an der Spitze. Auch die SPD mit Kanzler Scholz ist zur Kriegsvorbereitung übergegangen. Die 100 Milliarden „Sondervermögen“ für die Bundeswehr sind dafür nur der Anfang.

Es ist inzwischen so, dass es entweder zu einem Dritten Weltkrieg kommt, oder es gelingt auf revolutionärem Weg, den Imperialismus zu stürzen. Deswegen kommen alle, die an den Idealen der **Räterepublik** festhalten, ihr Ansehen verteidigen, imperialistische Kriege ablehnen und offen sind für eine befreite Ge-

sellschaft, wie in jedem Jahr am ersten **Sonntag** im **Februar**, dem **5. 2. 2023**, um **11 Uhr** auf den **Waller Friedhof**! „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ (Karl Liebknecht) Gebt Antikommunismus keine Chance!

Lena Salomon, Jobst Roselius, Wolfgang Lange (MLPD)

Das jährliche Gedenken an historische Ereignisse kann sinnvoll gestaltet werden: mit einer Zielrichtung, aus der Geschichte zu lernen; mit einem Bezug zur Gegenwart, um die Zukunft zu gestalten. Dieser kleine Verweis auf den antifaschistischen Widerstand in Katalonien vermag vielleicht, entgegen dem kleinbürgerlichen Charakter eines alljährlichen *Schützenfestes* mit persönlichen Sticheleien, dem Gedenken an den aufopfernden Mut all derer, die sich einer gerechteren Welt verschrieben haben, Würde verleihen.

Frank Kleinschmidt

„Den Stalinisten ein Gräuel“: 1935 errichteten Arbeitermilizen in Katalonien „einen Kommunismus, bei dem tatsächlich alle gleich (arm) sind“ *(„Andalusien 360“)*

„Holodomor“: Nur wenn Stalin daran Schuld hatte, war die Hungersnot in der Ukraine ein Völkermord *(„Junge Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

746. Bremer Montagsdemo

am 06. 02. 2023

Stoppt LNG-Terminals – 100 Prozent erneuerbare Energien!

Während die Genehmigung eines Windrads Jahre dauert, werden Flüssiggas-Terminals in Windeseile hochgezogen. Mit dem „LNG-Beschleunigungsgesetz“ wurde die Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschafft. Zwölf Anlagen sind im Norden geplant, deren Betrieb bis zum 31. Dezember 2043 genehmigt werden kann.

Offensichtlich ist das kein kurzfristiger Ersatz für russisches Erdgas, sondern der langfristige, profitable Einsatz von fossilem Gas. Um russisches Gas zu ersetzen, sind keinerlei neue Terminals nötig. Die Regierung warnt permanent vor einer „drohenden Energieknappheit“, um Kohle und Gas auszubauen. In Wirklichkeit waren die Gasspeicher noch nie so voll wie in diesem Winter (Januar 2023: 91 Prozent). Es ist eine Lüge, dass nur fossile und atomare Energien uns vor dem Frieren retten können.

Das vor allem aus den USA in großen Mengen gelieferte Fracking-Gas ist nicht nur bei der Förderung extrem umweltschädlich, sondern auch sechsmal klimaschädlicher als Erdgas aus Norwegen.In Wilhelmshaven hat das Gasschiff „Höegh Esperanza“ den Betrieb aufgenommen. Dieses Schiff war nur verfügbar, weil es in Australien wegen seiner Umweltschädlichkeit aus dem Verkehr gezogen werden musste. Zur Erwärmung des Flüssiggases wird das Meerwasser mit chlorhaltigen Bioziden versetzt. Dieses giftige Wasser wird in die Jade zurückgepumpt und schädigt dauerhaft das geschützte Unterwasserbiotop Wattenmeer. Das stößt zu Recht auf breiten Protest!

„Warum **LNG-Terminals** die Umweltkatastrophe beschleunigen“ – Kommt zur **Veranstaltung** der „Umweltgewerkschaft“ am **26. Februar 2023** um **15 Uhr** in der **Zion-Gemeinde** (Kornstraße 31)!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Cosco-Arbeiter rufen zu Antikriegs-demonstration auf

Am Samstag demonstrierten Tausende im Hafen von Piräus gegen das Anlegen des atomgetriebenen US-Flugzeugträgers „G.W. Bush“ in der Bucht von Pasalimani. Die Gewerkschaft der Containerumschlagarbeiter an den Cosco-Piers von Piräus hat zur Teilnahme an der Antikriegsdemonstration aufgerufen.

Im Aufruf heißt es: „Wir sind gegen die Umwandlung des Hafens von Piräus in eine Marinestation der Imperialisten, in die entweder der US-Nato-EU-Block auf der einen Seite oder Russland-China auf der anderen Seite ihre Tötungsmaschinen zum Töten der Menschen bringen werden.

Die Regierung Mitsotakis ist verantwortlich für die zunehmende Verwicklung des Landes in den imperialistischen Krieg, der seit einem Jahr in der Ukraine andauert. Zur gleichen Zeit, in der sie unsere Sozialversicherungsrechte abschafft, zur gleichen Zeit, in der alle Regierungen zusammen die Arbeiterrechte aller Beschäftigten in unserem Land zerstört haben, um uns wettbewerbsfähig und damit billig für Cosco zu machen, und den Reichtum unseres Landes an einheimische und ausländische Bosse verkauft haben, geben sie jedes Jahr Milliarden von Euro aus, um Menschen zu töten und zu entwurzeln.

Sie haben in unserer Region nichts zu suchen, die Mörder der Bosse, die sich den Kuchen teilen, und ihre Interessen haben nichts mit den Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter in ihrer Gesamtheit zu tun, das wissen wir genau. Keine Beteiligung am Krieg in der Ukraine! Stoppen wir die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial! Nein zu den brutalen Rüstungsprogrammen, die Geldmittel für die Bedürfnisse der Arbeiter und des Volkes missbrauchen!“

Erklärung der Gewerkschaft der Containerumschlagarbeiter an den Cosco-Piers von Piräus, vorgetragen von Harald Braun

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **6. März 2023** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Widerstand gegen Weltkriegsgefahr und Aufrüstung leisten!

Heute am frühen Morgen und Mittag ereigneten sich zwei Erdbeben in der Grenzregion zwischen Türkei und Syrien, 30 Kilometer nordwestlich von Gaziantep. Es gibt bereits mehr als 1.400 Tote, und Tausende Häuser wurden zerstört. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Angehörigen. Ich denke, ich spreche im Namen aller hier, wenn ich ihnen unser herzliches Beileid ausspreche! Die Erdogan-Regierung ist schuld an der Schwere der Auswirkungen des Erdbebens, da sie nichts für die Erdbebenvorsorge getan hat, aber alles für den Krieg gegen die Kurden.

Die Welt steuert weiter auf einen Weltkrieg zu. Der Ukrainekrieg eskaliert, immer mehr Waffen werden geliefert. Einen Tag, nachdem die Bundesregierung der Lieferung von Leopard-II-Panzern zugestimmt hat, kam prompt die Forderung nach Kampfjets, U-Booten und sogar Atomwaffen vom ukrainischen Botschafter. Die sogenannten „Roten Linien“ gibt es nicht mehr, meint der SPD-Vorsitzende Klingbeil. Es wird von beiden Seiten unbegrenzt nachgelegt.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg und der Vorsitzende des Bundeswehrverbands, André Wüstner, fordern öffentlich den Übergang zur „Kriegswirtschaft“. Darüber hinaus will Verkehrsminister Andreas Scheuer neue Autobahnen bauen, um jederzeit militärische Transporte durchführen zu können.

Der Konflikt in der Ukraine ist nur ein Teil der Vorbereitungen auf einen Weltkrieg. Der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Japan, Generalleutnant James Biermann, hat sogar zugegeben, dass man sich seit 2014 auf einen Krieg vorbereitet. Jetzt befindet man sich im Begriff, den Schauplatz gegen China in Japan und den Philippinen festzulegen.

In diesem Kontext hat Kriegsminister Lloyd Austin bereits mit einem Krieg gegen China im Jahr 2025 gerechnet. Auch Israel ist an einem unerklärten Krieg gegen Iran beteiligt. Der Imperialismus zeigt seine Aggression nach außen und löst eine Reaktion nach Innen aus. In Israel haben am Samstag 60.000 Menschen gegen die Regierung und ihre Entmachtung des obersten Gerichts protestiert. In Zukunft sollen Gesetze in Kraft bleiben, auch wenn sie vom obersten Gericht als verfassungswidrig erklärt werden. Dies führt zu einer weiteren Faschisierung Israels, da bereits offene Faschisten in der Regierung sitzen.

Wir wollen weder in einem atomaren Weltkrieg, einer Umweltkatastrophe noch im sozialen Elend untergehen! Am **24. Februar 2023** begehen wir den **Jahrestag des Kriegsbeginns**, und der **DGB** ruft auch in **Bremen** zu einer **Demonstration**

gegen die Vorbereitungen eines Dritten Weltkriegs auf. Lasst uns Widerstand gegen die Weltkriegsgefahr und Aufrüstung leisten!

Wir können und wollen nicht tatenlos zusehen, wie die Welt in den Abgrund des Dritten Weltkriegs rauscht. Deshalb rufen wir dazu auf, am 1. Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine auch in Bremen eine machtvolle Demonstration durchzuführen.

Von der „Widerstandsgruppe gegen Aufrüstung und Weltkriegsgefahr“ haben wir eine Demonstration angemeldet: Die **Auftaktkundgebung** beginnt um **17 Uhr** am Zentaurenbrunnen auf dem **Leibnizplatz**, die **Abschlusskundgebung** um **18 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Wolfgang Lange (MLPD)

Man sollte „KI“ nicht überschätzen

Einst in den Sechzigern programmierte eine Koryphäe der Informatik, Joseph Weizenbaum, ELIZA ganz allein im stillen Kämmerlein und löste damit jede Menge Missverständnisse über die Fähigkeiten und Möglichkeiten von programmierten Systemen aus. Heute erscheinen mir Chatbots wie ChatGPT oder sprachgesteuerte Systeme wie Alexa mit den heutigen Rechnergeschwindigkeiten, der globalen Vernetzung und dem dahinterstehenden Kapital, das jede Menge „human resources“ ermöglicht, wie hochgezüchtete ELIZAs.

Wir, am Ende dieser Kette stehenden Anwender sollten jedoch „intelligence“ nicht mit Intelligenz verwechseln. Der englische Begriff AI, „Artificial Intelligence“, sollte zu einer sinngemäßen Übersetzung in die deutsche Sprache strenger kontextbezogen sein. „Intelligence Officer“ mit „intelligenter Offizier“ zu übersetzen wäre total daneben. Ein Intelligence Officer wäre ein Mitarbeiter eines Geheimdienstes, wenn nicht gar Geheimagent. „Intellicence“ steht auch für „Organisationsstruktur“ oder „durchdachte Organisationsstruktur“. Mit dem „A“ für „artificial“ wäre diese Organisationsstruktur künstlich, eben elektronisch und nichts weiter.

Im Informatiksinne ist ein Bügeleisen mit einem Chip, der die Temperatur regelt, ein „intelligentes“ Bügeleisen. Man sollte „KI“ nicht überschätzen. Intelligence hat in diesem Kontext nichts mit „Intelligenz“ zu tun. An dem Arbeitsprinzip des Computers, der „von-Neumann-Architektur“, hat sich seit den Vierzigerjahren bis

heute nichts geändert. Es gelten immer noch die Prinzipien „Eingabe, Verarbeitung, Ausgabe“ und „Garbage in, Garbage out“.

Erkenntnis und Selbsterkenntnis bleiben immer noch dem Menschen vorbehalten. Eine Maschine wird dazu niemals fähig sein. Dies ist sicherlich kein Grund, sich der Nützlichkeit programmierter Systeme zu verweigern. Sie dienen jedoch lediglich als Werkzeug. Dabei empfiehlt es sich zu beachten, dass immer noch ich den Nagel in die Wand schlage und nicht der Hammer es tut.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Chatbot-Dialektik: Wie geht das? *(Gerolf D. Brettschneider) – Druckfassung*

„Nicht auszuhalten“: „‚Die Linke‘ schafft es nicht, den faschistischen Diktator Putin als solchen zu benennen und zu ächten“ *(„Spiegel“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

747. Bremer Montagsdemo

am 06. 03. 2023

Immer mehr Menschen lehnen den mörderischen Krieg ab

Am vergangenen Freitag demonstrierten in 250 deutschen Städten circa 220.000 bei „Fridays For Future“. Gleichzeitig streikten die Kollegen im öffentlichen Nahverkehr in sechs Bundesländern, unter anderem in Bremen. Das war kein Zufall. In manchen Städten wie München waren über 30.000 bei der Demo dabei, in Bremen etwa 3.000.

Der BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter und andere Kapitalistenvertreter lamentierten über eine „gefährliche Grenzüberschreitung“ und pochten auf das in Deutschland kastrierte Streikrecht, das nur in Tariffragen und nur nach Ende der „Friedenspflicht“ gilt. Verdi führe mit Unterstützung von FFF einen politischen und damit illegalen Streik.

Ich frage euch: Was ist die gefährlichere Grenzüberschreitung, der Streik von Verdi – oder die rigorose Unterordnung unserer Lebensgrundlagen und der ganzen Erde unter die Profitinteressen? Wir haben es inzwischen nicht mehr „5 vor 12“ sondern bereits „5 nach 12“! Die globale Umweltkatastrophe ist bereits in Gang. Die Menschheit wird um ihr Überleben kämpfen müssen – was nur gelingen kann, wenn die kapitalistische Profitwirtschaft überwunden wird.

Da solche Leute wie der BDA-Chef Kampeter aber nicht freiwillig darauf verzichten werden, geht das nur auf revolutionärem Weg. Und ich frage euch weiter: Was ist die gefährlichere Grenzüberschreitung, der Verdi- Streik – oder die Welt mutwillig an den Rand des atomaren Dritten Weltkriegs zu rücken?

Der größte Deutsche Rüstungskonzern, Rheinmetall, hat schon klar gesagt, dass er mit einem langen und profitablen Krieg rechnet. Heute wurde bekanntgegeben, dass Rheinmetall in den DAX aufgestiegen ist, sein Aktienkapital sich verdoppelt hat und dass die 100 Milliarden „Sondervermögen“ längst noch nicht reichen. Jetzt will Rheinmetall eine Panzerfabrik in der Ukraine bauen und dort 600 Panzer pro Jahr herstellen. Da lacht das Kapitalistenherz!

Immer mehr Menschen lehnen den mörderischen Krieg ab, der von beiden Seiten imperialistisch ist. Deswegen kamen auch zwischen 13.000 und 50.000 Menschen zur Friedensdemo am 25. Februar 2023 in Berlin, zu der Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer aufgerufen hatten. So richtig der Aufruf dazu in der Hauptseite war, so falsch war es jedoch, die Demo für ultrarechte und faschistische Kräfte zu öffnen, wie es im Vorfeld Oskar Lafontaine machte und alle „alle, die reinen Herzens sind“ einlud, „auch von der AfD“.

Aber die AfD tarnt sich nur als Friedenstaube. In Wirklichkeit ist sie ein hässlicher Kriegsgeier: Zwei Prozent Rüstungsausgaben seien zu wenig, die Wehrpflicht müsse wieder eingeführt werden, notwendig sei ein „robustes Vorgehen an jedem Ort der Welt, auch gegen den Willen anderer Staaten“. Die AfD träumt davon, Deutschland an der Seite Russlands zur Supermacht zu machen, um zum dritten mal in der Geschichte den Kampf um die Weltherrschaft anzutreten. Dafür sollen dann auch alle „Opfer“ bringen – sprich: wir! – durch Streichung aller Sozialleistungen.

Bei SPD- und Grünen-Mitgliedern rumort es zum Teil heftig. Viele lehnen den Kriegskurs ihrer Parteiführung ab, immer mehr treten aus. Die DKP steht mit ihrer Unterstützung Russlands und dessen Verklärung des Kriegs als „antifaschistisch“ im absoluten Abseits: Russland ist durch und durch imperialistisch, und die Oligarchen mit Putin an der Spitze wollen das alte Zarenreich wieder aufleben lassen. Die Linkspartei schlingert auf konfusem Kurs: Aus ihr kommen Stimmen für die Nato, aber nicht so ganz, bis hin zur Rechtfertigung des russischen Angriffs.

Deswegen: Klarheit sich verschaffen! Klare Prinzipien! Ein Grund, warum MLPD zur **Bürgerschaftswahl** am **14. Mai 2023** antritt, ist einen Beitrag zu leisten zur **Schaffung einer neuen Friedensbewegung**. Am 24. Februar hat der Landeswahlausschuss unsere Kandidatur bestätigt. Wir haben über 400 Unterschriften gesammelt. Unser Dank an alle, die das unterstützt haben!

Auch weltweit nehmen die Massen ihre Sache in die eigene Hand: 400.000 Menschen demonstrierten am Wochenende in Israel gegen die faschistische Gefahr, bei nur gut neun Millionen Einwohnern. Das ist fast so, als ob bei uns vier Millionen an einem Tag demonstrieren! Hunderttausende streikten auch in England und Frankreich.

In der Türkei skandieren Fans in den Stadien: „Rücktritt der Regierung!“ Erdogan ist mit schuld am Tod von Tausenden von Menschen, durch Bausünden-Amnestie und tagelanges Nichtstun. Gleichzeitig wurde Bombardierung von Kurdengebieten in Nordsyrien während des Erbebens und Nachbebens fortgesetzt. Es muss sich durchsetzen: Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter! Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein. Hoch die internationale Solidarität!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **3. April 2023**
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

„Mit der Zukunft des Landes spielt man nicht“: Macron wirft die Demokratie über Bord, um das Rentensystem zu retten *(„The Guardian“)*

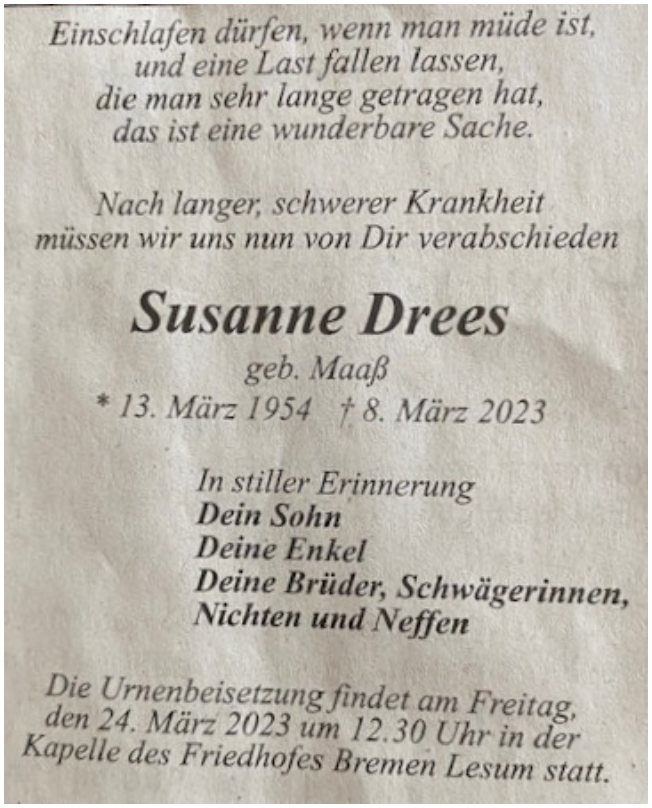
Chatbot-Dialektik: Wie geht das? *(Gerolf D. Brettschneider – Druckfassung)*

„Zweite Chance, auf den Faschismus zu antworten“: „Russland verhält sich wie Deutschland im Jahr 1941“ *(„Spiegel“)*

„Das Völkerrecht muss immer gelten“: „Die jüngsten Interventionen der US-Armee – Afghanistan, Irak, Libyen – galten autokratischen oder diktatorischen Regimes“ *(„Tagesspiegel“)*

Antrag auf Mehrbedarf stellen: Im Bürgergeld-Regelsatz sind für Energie nur 40,74 Euro vorgesehen, dazu 11,55 Euro für Warmwasser *(„Der Westen“)*

Susanne Drees bei einer Demonstration am 29. September 2012



Einschlafen dürfen, wenn man müde ist,
und eine Last fallen lassen,
die man sehr lange getragen hat,
das ist eine wunderbare Sache.

Nach langer, schwerer Krankheit
müssen wir uns nun von Dir verabschieden

Susanne Drees

geb. Maaß

** 13. März 1954 † 8. März 2023*

In stiller Erinnerung
Dein Sohn
Deine Enkel
Deine Brüder, Schwägerinnen,
Nichten und Neffen

Die Urnenbeisetzung findet am Freitag,
den 24. März 2023 um 12.30 Uhr in der
Kapelle des Friedhofes Bremen Lesum statt.

Leider ist wieder eine frühere Wegbegleiterin von der Montagsdemo und des Vereins „So:Leb“ gestorben. Suse litt seit Jahren an einer schweren Lungenkrankheit und verbrachte ihre letzte Zeit in einem Pflegeheim in Worpswede. – *Elisabeth Graf*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

748. Bremer Montagsdemo am 03. 04. 2023

Rolle rückwärts in der Umweltpolitik

Nach dreißigstündigen Verhandlungen im Koalitionsausschuss verkündeten die Vorsitzenden der „Ampel“-Parteien den „ganz großen Wurf“. In Wirklichkeit sind die Beschlüsse so umweltfeindlich, dass sie die begonnene globale Umweltkatastrophe beschleunigen. Mit der inzwischen eingetretenen weltweiten Erwärmung um 1,1 Grad sind bereits unumkehrbare Kipppunkte eingetreten.

Mit dem Auftauen der Permafrostböden werden gigantischen Mengen an Kohlendioxid und Methan freigesetzt. Das Abschmelzen der Eismassen an den Polen und die Erwärmung der Weltmeere zerstören die Lebensgrundlagen vieler Tiere und vieler Menschen durch den massiven Anstieg des Meeresspiegels. Mit dem Verschwinden der Gletscher werden Trinkwasser-Reservoire beseitigt. Mit der Zerstörung des tropischen Regenwaldes ist die „grüne Lunge“ zu einem Kohlendioxid-Emittenten geworden. Das Sterben von einer Million verschiedener Tier- und Pflanzenarten ist nicht mehr aufzuhalten.

Angesichts dieser Tatsachen ist das vom Koalitionsausschuss verabschiedete Programm eine Katastrophe. Es ist ein Programm für die Monopole zur beschleunigten Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Bisher gab es für alle wesentlichen Bereiche Klimaschutz-Ziele, für Verkehr, Gebäudesanierung, Industrieproduktion und Landwirtschaft. Die waren zwar alle viel zu niedrig, aber jetzt werden diese Ziele komplett abgeschafft. Es soll nur noch eine „sektorenübergreifende Gesamtrechnung geben“. Da freuen sich insbesondere Verkehrsminister Wissing und die gesamte Automobilindustrie.

144 Verkehrsprojekte sollen schnell verwirklicht werden. Laut „Ampel“ sind sie von „überragendem öffentlichem Interesse“. Damit werden die gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen von Verdi und „Fridays for Future“ für eine umweltfreundliche Verkehrswende mit Füßen getreten. Wieder einmal zeigt sich, dass die Regierung kein Dienstleister ist für die Bevölkerung, sondern für Auto- und Baumonopole. Für die Autobahnprojekte gilt teilweise die „Planbeschleuni-

gung“. Möglichkeiten, Einspruch zu erheben – sei es wegen des Naturschutzes oder gegen Zwangsenteignung – werden weiter beschnitten.

Die Grünen „erkämpften“, dass die Autobahnabschnitte mit Solaranlagen flankiert werden sollen. Es gibt aber bereits heute Tausende Kilometer an den Autobahnen, die mit Solaranlagen bestückt werden können. Dafür brauchen wir keine neue Autobahnen, sondern den Ausbau des öffentlichen, kostenfreien Nahverkehrs. Maßnahmen wie der verpflichtende Einbau von Solaranlagen auf Fabrikanlagen, Bürogebäuden, Lebensmittel-, Bau- oder Einkaufsmärkten wurden einfach gestrichen.

Heizungen mit fossilen Brennstoffen können länger betrieben werden als geplant. Die Umstellung auf umweltfreundliche Wärmepumpen ist sinnvoll; es gibt aber jetzt sehr viele Ausnahmeregelungen. Natürlich muss jeder Austausch gefördert werden bei Haushalten, die das finanziell nicht stemmen können. Allerdings sollte die Umrüstung nicht auf Kosten der Steuerzahler, sondern auf Kosten der riesigen Profite der Energiemonopole erfolgen.

Zu den Koalitionsbeschlüssen gibt es eine breite Zustimmung der Konzerne und massive Kritik der Umweltverbände. Der Geschäftsführer der „Deutschen Umwelthilfe“, Jürgen Resch, erklärt zum Beispiel: „Diese Anti-Klimaschutz-Koalition legt allen Ernstes Hand an das Bundesklimaschutzgesetz. Damit versündigt sie sich an allen künftigen Generationen.“

Die umweltfeindlichen Beschlüsse des Koalitionsausschusses müssen vom Tisch! Statt Ausbau des Individualverkehrs ist seine Einschränkung notwendig! Massiver und vorrangiger Ausbau eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs und Ausbau der Fahrradwege! Verlagerung des Güterverkehrs auf Schienen und Wasserwege! Sofortige Konzentration auf den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen!

Und wir brauchen einen gesellschaftsverändernden Umweltkampf. Die kapitalistische Profitwirtschaft mit ihrer Ausbeutung von Mensch und Natur muss überwunden werden! Erst in einer befreiten Gesellschaft werden wir in Einklang mit der Natur leben und arbeiten.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Hygiene war letztes Jahr: Britische Schulkinder müssen im Osterstau vor Dover in ihre Wasserflaschen pinkeln *(„The Guardian“)*

Chatbot-Dialektik: Wie geht das? *(Gerolf D. Brettschneider – Druckfassung)*

Anklage verlesen: Nach der Hexenjagd kommt der Hexenprozess *(„The Daily Beast“)*

Untot: Trump muss noch eine weitere Wahl verlieren *(„The Daily Beast“)*

Doppelt vermoppelt: AfD darf nicht rein in die Bürger(innen)schaft *(„Spiegel“)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt wegen des Tags der Arbeit erst am **8. Mai 2023** wieder um **17:30 Uhr**, wegen einer Wahlkundgebung auf dem Marktplatz jedoch vor der „Glocke“ auf der **Domsheide**.

Untot: Auch nach dem deutschen Atom-Aus strahlen Schrott und Müll weiter *(„Raw Story“)*

Zum Leben zu wenig: Jobcenter-Kolleg(inn)en müssen selbst „Bürger(innen)geld“ beantragen *(„Wir sind Verdi“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

749. Bremer Montagsdemo

am 08. 05. 2023

Wer ist „Klima-RAF“?

Im Jahre 1921, zu Beginn der Massenautomobilisierung in den USA, versammelten sich in Pittsburgh über 5.000 Menschen zu einem Schweigemarsch, um der 221 in diesem Jahr dort überfahrenen Kinder zu gedenken. Im Jahr darauf wurde in der Stadt Baltimore ein Denkmal für Kinder eingeweiht, die im Straßenverkehr gestorben sind. 1922 zog eine Prozession von 10.000 Kindern durch die Straßen von New York, um vor den Gefahren des Automobils zu warnen.

Das war die Geburt der Verkehrsregeln: Zebrastreifen, rote Ampeln, Kreisverkehr und Parkplätze. Vor dem Überqueren der Straße an der Bordsteinkante stehen bleiben, um nicht von einem der rasenden Geschosse niedergestreckt zu werden. Die Gestalt der Städte änderte sich, um sie den Killermaschinen anzupassen, während der öffentliche Nah- und Fernverkehr auf Drängen einer Lobby von General Motors verdrängt wurde, um durch Privatautos ersetzt zu werden.

Wenn sich heute so mancher an die verkehrsbehindernden Sitzblockaden einer Handvoll Aktivisten der „Letzen Generation“ zu stören scheint, möchte ich hier an dieser Stelle einmal zum Nachdenken anregen, wie unsinnig und unvernünftig es ist, eine halbe Tonne zu bewegen, um die eigenen 70 Kilogramm von A nach B zu transportieren und dabei den kostbaren Rohstoff Erdöl in die Atmosphäre zu blasen, mit dem wir wegen seiner Knappheit viel sorgsamer umgehen sollten, zum Beispiel zur Herstellung von Antibiotika.

Wer sich über die Unverschämtheit der Klimakleber aufregt, sollte vielleicht mal darüber nachdenken, wie unverschämt er sich selbst verhält, angesichts der Lärmbelästigung, Straßenverstopfung, Feinstaubverteilung, Gesundheitsgefährdung und Gefährlichkeit seines Vehikels. Wie unverschämt ist die ständige kostenlose Inbeschlagnahme öffentlichen Raumes durch das Parken, Blech an

Blech, den halben Gehweg behindernd, sodass sich kaum jemand mit Rollator oder Kinderwagen daran vorbeibewegen kann?

Im Jahre 2022 sind in Deutschland 2.782 Menschen im Straßenverkehr tödlich verunglückt. Wer hier von einer „Klima-RAF“ redet, meint sicherlich die motorisierten Verkehrsteilnehmer, deren Terror ich an dieser Stelle hinreichend beschrieben habe. Jedoch zweifele ich an, dass der RAF so viele Menschen jährlich zum Opfer gefallen sind. Wegen der Lärmbelästigung und der Schadstoffemissionen erfüllt im Grunde genommen jeder Autofahrer den Tatbestand der Körperverletzung, sobald er den Zündschlüssel gedreht hat. Angesichts der nun drohenden Unbewohnbarkeit der Erde wird es Zeit, die seit 100 Jahren bestehenden verkehrsrechtlichen Privilegien der Blechschädlinge aufzuheben und Städte für Menschen zu gestalten.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Bundesweite Razzia: „Die Bevölkerung, die unter dem Straßenterror dieser selbst ernannten Klimaretter täglich tausendfach leidet, wird endlich als das tatsächliche Opfer dieser Kriminellen wahrgenommen“ *(„N-TV“)*

Linke Gewalt ist nicht zu entschuldigen: Aber die Blindheit gegenüber rechter Gewalt auch nicht *(„Weser-Kurier“)*

Make Trump Great Again: CNN sendet 70 Minuten lang faschistische Propaganda und feuert dann den Programmchef *(„The Daily Beast“)*

Bremen bleibt höflich: Wir haben hier keine „Wechselstimmung“, liebe Polit-Redakteurin *(„N-TV“)*

So-yeon und schon aufs Altenteil: Schröder-Kim ist nach Besuch der russischen Botschaft nicht mehr repräsentativ genug für Nordrhein-Westfalen *(„Junge Welt“)*

Bovi jubelt – über Atombomber-Fertigung in Bremen

1. Der 8. Mai ist 78. Jahrestag der Befreiung vom **Faschismus**. Die Rote Armee der Sowjetunion hatte daran den Hauptanteil; zusammen mit den West-Alliierten beendete sie den Zweiten Weltkrieg mit dem Sieg über den Hitler-Faschismus. Heute sieht das leider ganz anders aus. Die Sowjetunion gibt es nicht mehr; schon

lange vor ihrem Zusammenbruch hatte sie aufgehört, sozialistisch zu sein, und Russland ist selbst ein imperialistisches Land.

Auch heute geht es um den Kampf gegen imperialistischen Krieg und Faschismus: Für eine Welt ohne Kriege, ohne Unterdrückung, ohne Ausbeutung von Mensch und Natur. In der Ukraine tobt ein Stellvertreterkrieg der Nato gegen Russland. Die deutschen Waffenlieferungen sind ein Teil davon. Auf beiden Seiten gibt es über 100.000 Tote. Es sind Kinder von Arbeitern und Bauern, die verheizt werden – nicht die Söhne der Oligarchen und Kapitalisten!

Sowohl Russlands Regierung als auch jene der Ukraine zielen darauf ab, möglichst viele Menschen auf der Gegenseite umzubringen. Das ist barbarisch! Auch hierzulande gibt es Kriegsgewinnler: Rüstungskonzern wie Rheinmetall. Deren Chefs jubeln über das beste Jahr ihrer Geschichte. Jetzt wollen sie in der Ukraine eine Panzerfabrik und in der Lüneburger Heide eine Munitionsfabrik bauen – und in Bremen eine Fertigungsstätte für den Atomwaffenbomber F-35, was von Bovenschulte, SPD, bejubelt wird.

Am 1. Mai war der Kampf gegen Aufrüstung und Weltkriegsgefahr wichtiges Thema. Aber wir brauchen eine noch viel größere Bewegung gegen Faschismus und Krieg! In Bremen waren 4.500 Menschen am 1. Mai dabei, in Hamburg 8.000. Das ist viel; aber in Paris waren es 870.000 – mehr als drei Mal so viele, wie bei allen DGB-Maidemos in Deutschland zusammengenommen.

Am Sonntag, dem 14. Mai, sind Bürgerschaftswahlen in Bremen und Präsidentschaftswahlen in der Türkei. Schluss mit den Waffenlieferungen! Schluss mit den Weltkriegsvorbereitungen! Schluss mit Faschismus! Der Kapitalismus bedroht die Menschheit. Die Perspektive heißt echter Sozialismus! Dafür stehe ich, dafür steht meine Partei, die MLPD, dafür trete ich am Sonntag zur Bürgerschaftswahl an!

Ich möchte euch ganz herzlich einladen zu unserer **Wahlfete** am **Sonntag**, dem **14. Mai 2023** ab **18 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen** am Parkeingang Ecke Delmestraße/Neustadtscontrescarpe. Nach einem tollen Wahlkampf wollen wir zusammen mit euch feiern! Es gibt Essen und Trinken, eine erste Wahlanalyse und Musik – und viel Zeit, um sich zu unterhalten und besser kennenzulernen. Kulturelle Beiträge oder etwas fürs Mitmachbuffet sind erwünscht.

2. Ein Nachtrag zum Ausgang der **Bürgerschaftswahl**. Die SPD jubelt, als ob sie einen grandiosen Wahlsieg errungen hätte. Aber ihre 29,8 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 56,8 Prozent (in Bremerhaven nur 44 Prozent) sind das zweitschlechteste Ergebnis seit 1945! Die Grünen sind bei vielen „unten durch“, weil sie die Lasten der Umweltkrise mit großer Arroganz auf die Bevölkerung abwälzen

und zur offenen Kriegspartei geworden sind. Dafür bekamen sie die Quittung und verloren am meisten Stimmen.

Bedenklich stimmt das hohe Abschneiden der „Bürger in Wut“, einer Ablegerin der Schill-Partei, die von der fehlenden Kandidatur der AfD profitierte. 80 Prozent ihrer Wähler gaben in einer Umfrage zwar an, diese Partei nicht aus Überzeugung, sondern aus Enttäuschung über andere Parteien gewählt zu haben – was aber auch regelrecht durch einen Hype in den Medien gefördert wurde. Die Arbeiterbewegung muss fertig werden mit der massiv vorgetragenen Demagogie dieser Ultrareaktionären und Faschisten! Sie wurden noch viel zu wenig angegriffen in diesem Wahlkampf.

Die „Internationalistische Liste / MLPD“ kam auf 1.993 Stimmen (0,2 Prozent). Da jeder Wähler fünf Stimmen vergeben konnte, entspricht das einer Wählerzahl zwischen 399 und 1.993. Viele gaben auch nur eine, zwei oder drei Stimmen an die MLPD und wählten mit den anderen Stimmen zum Beispiel die Linkspartei. Tatsächlich haben daher circa 800 bis 1.000 Menschen eine oder mehrere Stimmen der MLPD gegeben. Das ist wesentlich mehr als bei den letzten Wahlen, drückt aber auch nicht annäherungsweise aus, wie sehr die Zahl der Menschen gestiegen ist, die im echten Sozialismus die Perspektive sehen und mit den Argumenten der MLPD zumindest sympathisieren.

Wahlergebnisse bürgerlicher Wahlen sind inzwischen immer weniger ein Gradmesser der Stimmung in der Arbeiterklasse und unter den Massen. Die „Internationalistische Liste / MLPD“ hat in einer Vielzahl von Stimmlokalen Stimmen bekommen, in denen sie vorher keine oder nur eine niedrige Rolle spielte. Vor allem in Arbeiterstadtteilen wie Blockdiek, Gröpelingen und Tenever, wo im Wahlkampf Straßenumzüge und Hauseinsätze mit der Wahlzeitung gemacht wurden, zahlte sich das aus.

Es war eine Trumpfkarte, dass nicht nur offensive Forderungen gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei Mercedes Bremen, im Umweltkampf gegen die Abholzung von Platanen für eine Kommerzmeile oder gegen die Flüchtlingshetze, sondern auch gegen die beiden existenziellen Krisen eines drohenden atomaren Dritten Weltkriegs und der begonnenen globalen Umweltkatastrophe Stellung genommen wurde.

Über 100 Kontakte, die Interesse an der Politik der MLPD und der Internationalistischen Liste haben, und 500 meist jugendliche Zuhörer beim Jugendkonzert am 30. April 2023 zeigen den perspektivischen Erfolg und wie die MLPD in Bremen ihre gesellschaftliche Rolle ergreift. In einigen Kernbereichen, in denen die MLPD schon lange bekannt ist, wurden bis zu 0,5 Prozent erreicht (zum Beispiel in der Neustadt und im Ostertorviertel, in einzelnen Wahllokalen über ein Prozent. Herzlichen Glückwunsch und Dank allen Wählern, Kandidaten und Wahlhelfern für diesen Erfolg, der weit über den Wahltag hinaus reichen wird!

Wolfgang Lange (MLPD)

Macht keine halben Sachen – kommt zu uns!

Unsere klare Positionierung zum Ukrainekrieg mit der konsequenten Ablehnung jeglicher Waffenlieferung und zur Weltkriegsgefahr fand viel Zuspruch. Ausgangspunkt vieler Diskussionen war unsere Einschätzung, dass der Kapitalismus die Existenzgrundlagen der Menschheit zerstört und die Perspektive dazu nur der echte Sozialismus sein kann. SPD-Bürgermeister Bovenschulte setzt sich für die Produktion amerikanischer F-35-Atombomber bei Rheinmetall in Bremen ein. Die Linkspartei im Bremer Senat ist voll auf Regierungskurs: für Waffenlieferungen an die Ukraine, für die Schließung des Klinikums „Links der Weser“. Gleichzeitig gibt es eine wachsende Minderheit von Leuten innerhalb der Linkspartei, die dagegen sind und nach einer grundlegenden Alternative suchen. Diese können sie aber nicht in der Linkspartei finden, denn die hat sich vom Sozialismus längst verabschiedet: Die lukrativen Pöstchen im Senat sind ihr wichtiger. Deswegen, liebe „Linke“ in der Linkspartei: Macht keine halben Sachen – kommt zu uns! Macht mit beim Kampf um den echten Sozialismus!

Wir haben in Bremen ein Feuerwerk von Aktivitäten entwickelt und organisiert: Wir haben 15.500 Wahlzeitungen verteilt und einen Teil persönlich übergeben. Wir haben fast 1.600 Plakate aufgehängt, auch mit lokalen Forderungen nach dem Stopp der Umverteilung von Geflüchteten, der Festeinstellung aller Leiharbeiter und Hochwasserschutz mit Erhalt der Platanen. Wir haben Straßenumzüge mit Offenem Mikrofon durchgeführt in Tenever, Walle, Kattenturm, Blockdiek, Gröpelingen und der Neustadt. Wir waren vor Schulen, bei Mercedes, Airbus, im GVZ und den Stahlwerken. Gemeinsam mit dem Jugendverband „Rebell“ und der „Widerstandsgruppe gegen Weltkriegsgefahr“ haben wir ein tolles, weit ausstrahlendes Konzert für den Weltfrieden organisiert. Es gab eine gut besuchte Kundgebung auf dem Marktplatz mit unserer Parteivorsitzenden Gabi Fechtner – die im Gegensatz zu den abschreckenden FDP- und SPD-Veranstaltungen frei für alle zugänglich war und bei der es auch ein Offenes Mikrofon gab.

Am 1. Mai 2023 wurde der MLPD, ausgehend vom DGB-Vorsitzenden Ernesto Harder, der Infostand verweigert. Was für eine trostlose, antikommunistische Aktion! Selbstverständlich akzeptierten wir das nicht, schrieben einen Offenen Brief und führten am 1. Mai in bester Lage, etwas abseits vom „DGB-Dorf“, einen anziehenden Infostand durch. Wir haben Hunderte Menschen kennengelernt, vor allem bei den Straßenumzügen. Weit über 100 trugen sich ein, dass sie in Kontakt mit uns bleiben oder auch aktiv werden wollen, in der MLPD, dem Jugendverband „Rebell“, der „Widerstandsgruppe“, der „Umweltgewerkschaft“ oder auf andere Weise.

Es ist an der Zeit, dem Sozialismus zu neuem Ansehen zu verhelfen! Der wissenschaftliche Sozialismus, den Marx und Lenin entwickelten, ist frei von utopi-

schen Vorstellungen. Marx sagte: „Der Sozialismus ist die Zusammenfassung der fortgeschrittensten Ideen und Errungenschaften der Menschheit. Er ist kein ausgedachtes Schema und schon gar keine Gleichmacherei, sondern erwächst aus dem vielfältigen Leben und Kampf der Massen. Er ist der nächste gesellschaftliche Schritt vorwärts, in dem der revolutionäre Fortschritt der Produktivkräfte zum Nutzen der der ganzen Gesellschaft in Einheit mit der Natur angewandt wird.“ Daran hat sich bis heute nichts geändert, im Gegenteil ist es der nächste notwendige Schritt. Ich lade euch herzlich ein, organisiert euch in der MLPD und im Jugendverband „Rebell!“

Auszüge aus der Rede von Lena Salomon
bei der MLPD-Wahlfete am 14. Mai 2023

Höhenflug: Bremer Linkspartei zweistellig mit „Politik, die den Menschen keine Angst macht“ *(„N-TV“)*

Nicht Regierung und Opposition zugleich: Zum Wahlerfolgsrezept der Bremer Linkspartei gehört auch die Distanz zu Bürgerinitiativen und Friedensbewegung *(„Sozialismus“)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **5. Juni 2023** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Gestorben mit makellosen Zähnen: Arno Dübels aufgeräumte Schwester wird für immer 47 bleiben – aber wo ist seine Leiche? *(„Merkur“)*

Stolpern, lernen, stärker werden: Joe Biden trickst seine Gegner aus *(„Daily Beast“)*

„Kartoffelkopp“: Hier die Geschichte, über die Donald Trump nicht lachen kann *(„Raw Story“)*

Trumps Schwimmbecken entleert sich in den Computerraum: „Wie lange speichern wir die Überwachungsvideos?“ *(„CNN“)*

Krim und Kernkraftwerk droht Wassermangel: Doch der Staudammbruch bringt Russland militärische Vorteile *(„N-TV“)*

„Waffenlieferungen sind geboten“: „Dieser Krieg hat genozidale Dimensionen angenommen“ *(„Tageszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

750. Bremer Montagsdemo am 05. 06. 2023

Zeitgemäße Forderungen zur Verkehrswende

Heute bin ich erfreut und etwas stolz, wieder hier auf der Montagsdemo zu sein und öffentlich meine Meinung kundtun zu dürfen. Es ist das 750. Mal, dass sich die Montagsdemo in Bremen – meistens unter dem Symbol der Freiheit, dem Roland – trifft. Zu diesem Ereignis möchte ich meine Glückwünsche übermitteln, allen jemals Beteiligten, von denen seit dem 16. August 2004 noch immer einige Aktive dabei sind.

Ich selbst bin als Sprecher zur Montagsdemo gekommen am 4. Juli im Jahre 2011 und nutze seitdem fast jede Gelegenheit, eines meiner demokratischen Grundrechte auszuüben, ohne Angst zu haben, verhaftet zu werden. Ich trage dazu bei, Ungerechtigkeiten und Lügen von Politik und Wirtschaft mit ihrer Volksverdummungsindustrie aufzudecken und zu erklären. Ich arbeite mit daran, Verursacher von Missständen und Verbrechen beim Namen zu nennen, beide möglichst unschädlich zu machen und zu beheben.

In Jahrzehnte dauernden Aktionen ist es beispielsweise gelungen, in Deutschland die Atomenergie abzuschaffen und so eine potenzielle Katastrophe zu verhindern. Doch der Klimawandel ist damit nicht gebremst und ist weltweit eines der brisantesten Themen, die es zu lösen gilt.

Die Unvernunft und Tatenlosigkeit von verantwortlichen Regierungen und unfähigen Ministern, kombiniert mit Ignoranz, Intoleranz und vom ewigen Wirtschaftswachstum verblendeten Konsumenten, hat die heutige Situation herbeigeführt. Nach Jahrzehnten der Verschleppung nicht nur dieses brisanten Missstandes versucht jetzt die halbe Menschheit, in hektischem Aktionismus alles aufzuholen, während Skrupellose hoffnungsvoll aufkeimende Erkenntnisse und Einsichten weiterhin möglichst in „gesetzlich legitimen“ Machtkämpfen verhindern wollen oder gar in Kriegen zertrümmern.

Eine neue Generation verantwortungsbewusster Umweltschützer, die sich auf ihre Art, nicht nur mit spektakulären „Straßen-Klebe-Aktionen“, für ihre Zukunft einsetzt, wird kriminalisiert. So wurde am 24. Mai 2023 eine bundesweite Polizei-Razzia bei der Klimaschutzbewegung „Letzte Generation“ durchgeführt, um herauszufinden, ob sie eine „kriminelle Vereinigung“ sein könnte.

Zuvor, am 2. Mai 2023, wurden die „Straftäter“ sogar vom verständnisvollen Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) zu einem Gespräch eingeladen, wobei sie nur ein bereits erprobtes Neun-Euro-Ticket und ein seit vielen Jahren überfälliges Tempolimit forderten. Ein Argument des Ministers gegen Tempolimit ist, für das 12.500-Kilometer-Netz der deutschen Autobahnen „nicht genügend Schilder auf Lager“ zu haben.

Weiterhin meint Wissing, der selbst gegen das Klimaschutzgesetz verstößt, weil die vorgeschriebene Kohlendioxid-Reduzierung im Verkehrsbereich nicht eingehalten wird: „Natürlich habe ich null Toleranz für Straftäter“. Der FDP-Politiker betonte, die Forderungen der Gruppe nach einem Tempolimit 100 auf Autobahnen und einem deutlich günstigeren ÖPNV-Ticket halte er für weniger effizient als die Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung. „Mich überzeugen die Argumente der ‚Letzten Generation‘ nicht“, sagte er. „Mich wundert, dass die ‚Letzte Generation‘ so wenig sinnvolle Vorschläge macht für Klimaschutz und gleichzeitig so radikal vorgeht.“

Mit diesem Satz bin ich total einverstanden, denn auch ich habe mich sehr über die Forderungen der Aktivisten gewundert. Aber auch die neuesten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung finde ich noch immer lächerlich im Vergleich zur Brisanz der spürbaren Klimaänderung, in der wir uns befinden. Deshalb schlage ich als zeitgemäße Schutzmaßnahmen vor, zuständige Gesetze an die „Zeitenwende“ und die neuen Situationen anpassen.

Analog zum Nichtraucher-Schutzgesetz, das seit 1. September 2007 gilt, fordere ich ein „Menschenschutzgesetz vor Energieerzeugungs-Emissionen durch Individualverkehr“, das am 1. Januar 2024 in Kraft treten soll. Vorbereitende formale Sofortmaßnahmen hierzu sind: a) Auf mindestens zwei Seiten eines jeden Privatfahrzeuges wird in gut leserlicher Schrift der Satz aufgebracht: „Autofahren ist tödlich“. b) Auf jede Treibstoffrechnung ist der Hinweis zu drucken: „Nach Verbrennung dieser Tankfüllung haben Sie eine Masse von x Kilogramm des Klimagases Kohlendioxid erzeugt und y Kilogramm Atemluft verbrannt. (Es ist leicht selbst auszurechnen, wenn etwa drei Kilogramm Kohlendioxid pro Liter zugrunde gelegt werden.)

Genauere Zahlen, auf eine Stelle hinter dem Komma, abhängig von der Füllmenge und der chemischen Zusammensetzung seines Treibstoffes muss der Hersteller ausrechnen. Es ist bis Ende dieses Jahres gesetzlich festzulegen, dass einige weitere Schadstoffmengen angegeben werden müssen, beispielsweise Blei, Ozon, Ruß. Es ist unnötig, darüber zu diskutieren, ob diese Sofortmaßnahmen einen Effekt bringen oder nicht. Sie werden von einer entschlos-

senen, politische Führung so bestimmt, um endlich ein deutliches Zeichen zu setzen.

Sie werden ebenso einfach, aber schneller, gegen jeden Widerspruch der Autolobby und Tankstellenbetriebe eingeführt, so wie es gegen Proteste der Tabakindustrie beim Nichtraucher-Schutzgesetz europaweit gelungen ist. Mit Sicherheit wirkungsvoller und technisch etwas anspruchsvoller für die Autoindustrie und ihre Infrastruktur sind folgende Vorgaben:

Spätestens ab 1. Januar 2024 werden in Deutschland keine Individualfahrzeuge mit einer Nennleistung von über 50 Kilowatt oder 65 PS mehr zugelassen. Das gilt auch für Elektro-, Hybrid- oder Wasserstoff-Fahrzeuge und andere. Es geht hierbei nicht nur um eine bessere Kohlendioxidbilanz, sondern auch darum, das inakzeptable Verhältnis von Fahrzeuggewicht zu Nutzlast wesentlich zu verkleinern. Ab 2026 wird es dann auf deutschen Straßen auch keine SUVs mehr geben, denn ein Fahrzeug mit einer Leistung von 50 Kilowatt, das zwei Tonnen wiegt oder mehr, wird wohl kaum ein Hersteller anbieten.

Damit das ein europäischer und globaler Fortschritt ist, sollten nach einer Übergangsfrist von etwa zwei bis drei Jahren auch weltweit keine Individualfahrzeuge mit einer Leistung von mehr als 50 Kilowatt für den Export produziert werden. Am besten ist es, einen globalen Verzicht auf höhere Leistungsklassen erreichen.

Derzeit leben auf der Erde acht Milliarden Menschen, die etwa eine Milliarde Privatfahrzeuge besitzen; ein Verhältnis von 8 zu 1. In Deutschland besaßen Anfang 2022 von 1.000 Bürgern 517 ein Privatfahrzeug. Insgesamt waren es 580 Pkw für 1.000 Einwohner Deutschlands. Am 1. Januar 2023 waren 43.267.800 private Pkw zugelassen für 84,4 Millionen Einwohner. Um hier ein ausgeglichenes globales Verhältnis zu erreichen, sollte bis Ende 2024 zunächst ein Verhältnis von 2 zu1 hergestellt werden. Das bedeutet, am 1. Januar 2025 dürften also 84,4 Millionen Bürger nur noch maximal 42,2 Millionen Privatfahrzeuge haben.

Diese Zahl wird bis 1. Januar 2028 mindestens halbiert – auf 20 Millionen – und bis 1. Januar 2031 nochmals halbiert, sodass dann im Mittel nur jede achte Person in Deutschland einen Privat-Pkw besitzt, wie der momentane Weltstandard. Auch dieser sollte sich weltweit keinesfalls wieder verschlechtern, besser 10 zu 1 werden.

Es ist selbstverständlich, dass parallel dazu in gleichem Maße effiziente, bedarfsgerechte, öffentliche Personennah- und -fernverkehrssysteme entwickelt und ausgebaut werden. Weiterer Aus- oder Neubau von Autobahnen und endlose Diskussionen mit teuren Zulassungsprüfungen und Baugenehmigungsverfahren werden dadurch automatisch überflüssig, denn der Individualverkehr ist ja bis Anfang 2031 um mehr als 75 Prozent reduziert.

Als weitere Bausteine, um das zu erreichen, sind strengere Regeln beim Erwerb eines eigenen Fahrzeuges oder Führerscheines festzulegen. Schon bei der Anmeldung wird darauf hingewiesen, dass bei einer geplanten Neuanschaffung eines privaten Pkw eine Bedarfsprüfung durchgeführt wird und andere Auflagen

erfüllt werden müssen. Wer beispielsweise ein E-Fahrzeug haben will, muss eine Zehn-Kilowatt-Solaranlage nachweisen und sie für den Aufbau einer besseren Ladeinfrastruktur zeitweise zur Verfügung stellen.

Vor der Anmeldung zum Führerschein, muss neben dem üblichen Erste-Hilfe-Kurs eine technische, gesundheitliche und psychologische Tauglichkeit nachgewiesen werden und eine schriftliche Begründung, eventuell mit Gesinnungsprüfung. Diese Nachweise sollten mit der Zeit alle Führerscheininhaber bringen, besonders auch abhängig von ihrer Verhaltensauffälligkeit im Straßenverkehr. Es wird nicht zugelassen, dass leichtsinnige, drogenabhängige, versoffene oder skrupellose Menschen ein Gerät bedienen dürfen, das so gefährlich ist wie eine Schusswaffe, auch wenn es „nur noch“ höchstens 50 Kilowatt Leistung hat.

Helmut Minkus (parteilos)

„Wir bauen ein Flugzeug aus Silberpapier“: Superreichen-Tauchboot „Titan“ zerplatzt wie einstmals der „Comet“-Düsenclipper *(„Spiegel“)*

Immer am Ball gegen die Rechtsentwicklung

Herzlich willkommen zur 750. Bremer Montagsdemo – ein Grund, stolz zu sein und zu feiern! Seit Juli 2004 demonstrieren wir gegen die Hartz-Gesetze – jetzt heißt es Bürgergeld. Ein paar Verbesserungen haben wir erreicht, es gibt mehr Zuverdienstmöglichkeiten und etwas weniger Sanktionen, aber im Prinzip ist die Umbenennung ein Etikettenschwindel. Es ist der Beharrlichkeit vor allem der Montagsdemonstrationen geschuldet, den verhassten Begriff „Hartz IV“ zu streichen.

Seit 2011 hat die Montagsdemonstrationsbewegung verstärkt auch andere Themen. Angesichts der Katastrophe von Fukushima tritt sie für die Stilllegung aller Kernkraftwerke ein. Hier ist der Erfolg größer: Der letzte deutsche Atommeiler wurde vor Kurzem stillgelegt! Die Montagsdemo tritt gegen Faschismus und Weltkriegsgefahr an. Seit Anbeginn hat sie ein Offenes Mikrofon. Wir haben gelernt zu reden, Selbstbewusstsein entwickelt und sind immer am Ball. Ich bin überzeugt, dass wir auch wieder mehr werden. Die Montagsdemo ist das Original, und sie wird weiter gebraucht!

Heute ist ein wichtiges Thema die Rechtsentwicklung der Regierung und ihrer Organe. Die EU betreibt eine reaktionäre Flüchtlingspolitik, an ihren „Außengren-

zen“ soll eine mögliche Lagerunterbringung geprüft werden. Gegen Aktivisten der „Letzte Generation“ wird brutal vorgegangen, mit einer Razzia und dem Vorwurf der Bildung einer „kriminellen Vereinigung“. Wer ist hier kriminell: die Verursacher der Umweltkatastrophe oder jene, die dagegen kämpfen?

Ein hartes Urteil wurde gegen Lina E. gefällt: fünf Jahre und drei Monate Haftstrafe. Sie hat angeblich Gewalt gegen Faschisten ausgeübt. Welche Strafen bekommen die Tausenden von faschistischen Gewalttätern? Eine Demo in Leipzig gegen das Urteil unter dem Motto „Freiheit für Lina!“ wurde zur Bürgerkriegsübung. Hohe Haftstrafen auch gegen türkische und kurdische Menschen sind Gesinnungsterror, denn ihnen wurde keinerlei Straftat vorgeworfen, nur angebliche Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation. Der Paragraf 129a/b muss weg! Schluss mit der Unterstützung des Faschisten Erdogan durch die Bundesregierung und der Auslieferung von Freiheitskämpfern!

Die AfD ist laut „Deutschlandstrend“ auf 18 Prozent gestiegen, die „Bürger in Wut“ in Bremen auf 7,4 Prozent in Bremen und 22,7 Prozent in Bremerhaven. Die Monopolparteien geben sich jetzt alle Mühe, mindestens ebenso reaktionär zu sein wie diese Parteien, die mit Faschisten und Ultrareaktionären zusammenarbeiten und von ihnen durchsetzt sind. Massenproteste wie in Frankreich und jetzt auch in Polen sollen durch einschüchterndes Vorgehen schon im Keim erstickt werden. In Polen war am Sonntag allein in Warschau eine halbe Million Menschen gegen die reaktionäre PiS-Partei und -Regierung auf der Straße – von wegen die Polen wären alle „rechts“!

Die Grünen wurden bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft für ihre arrogante, gegen die Massen gerichtete Politik abgestraft – gut so! Die Linkspartei ist mehrheitlich und mit Führung auch in Bremen voll auf Regierungskurs, einschließlich der Unterstützung von Waffenlieferungen und der Schließungspläne fürs Klinikum Links der Weser. Die MLPD konnte ihr Wahlergebnis wesentlich verbessern, auf circa 2.000 Stimmen. Diese Zahl drückt aber nicht annähernd aus, wie viel Zustimmung wir erfahren haben. Es gibt große Aufgeschlossenheit für echten Sozialismus, aber es wirkt immer noch die Fünfprozenthürde: „Ihr kommt ja doch nicht rein!“ Aber wir haben sehr viele neue Mitstreiter gewonnen. Herzlichen Dank an alle, die uns mit Stimme oder Aktivität in diesem Wahlkampf unterstützt haben!

Es kommt viel auf uns zu, und die Montagsdemo kann auch in der kommenden Zeit eine wichtige Rolle spielen, gegen die Verarmungspolitik, gegen die Hartz- Armutsgesetze. Die Inflationsrate ist nach wie vor hoch, bei Lebensmitteln liegt sie bei circa 30 Prozent. Was sollen da Rentenerhöhungen von 4,3 Prozent oder Lohnerhöhungen weit unterhalb der Inflationsrate? Strom kostet für uns 40 Cent pro Kilowattstunde, für die Großindustrie vier Cent! Für sofortigen Lohnnachschlag und 1.000 Euro sofort für alle Renten- und Bürgergeldbezieher!

Der Kapitalismus setzt die Existenz der Menschheit aufs Spiel: mit der immer schnelleren Eskalation der Weltkriegsgefahr, mit der begonnenen Umweltkatastrophe, mit der Verelendung in weiten Teilen der Welt. Schließen wir uns zu-

sammen, über Grenzen hinweg, gegen das mörderische, ausbeuterische kapitalistische System! Hoch die internationale Solidarität!

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **3. Juli 2023** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Einstimmig beschlossen: „Die Zukunft der ‚Linken' ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht" *(„Tagesspiegel")*

Bitte reden Sie mit unserm Chatbot: Der Kundendienst wird abgeschafft *(„The Atlantic")*

Angeklagt: Hier der Blick in Trumps Atom-Klo *(„Daily Beast")*

Ein Staudamm bricht nicht bei maximalem Wasserstand: Und ohne Sprengung auch nicht an zwei Stellen gleichzeitig *(„N-TV")*

Neue Beschäftigung für Putins Militär: Außer Kontrolle geratene Privatarmee rückt auf Moskau vor – und biegt ab nach Minsk *(„Daily Beast")*

Ukrainisches Personal soll bis Montag evakuiert werden: Plant Putin auch einen Terroranschlag auf Europas größtes Atomkraftwerk? *(„The Guardian")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

751. Bremer Montagsdemo am 03. 07. 2023

US-Wahl-Strohmänner kommen vor Gericht: In Georgia wird der Faschist Donald Trump bald abgefertigt wie ein Drogengangster *(„Raw Story“)*

Solidarität gegen die Kriminalisierung der „Letzten Generation“

Die „Umweltgewerkschaft“ verurteilt aufs Schärfste die Razzien gegen Aktivistinnen und Aktivisten der „Letzten Generation“ und die Abschaltung ihrer Homepage, letzteres sogar ohne jeglichen Gerichtsbeschluss. Die Einschätzung der „Letzten Generation“ als „kriminelle Vereinigung“ setzt sie gleich mit Menschenhändlern, Drogenkartellen und Mafiabanden – unglaublich!

Teils wurden die Umweltaktivisten mit vorgehaltener Waffe abgeführt. Das ist eine neue Stufe der Kriminalisierung von Umweltkämpferinnen und -kämpfern in Deutschland. Soll eine solche Repression in Deutschland jetzt Gang und Gäbe werden? Was kommt als Nächstes? Wir als „Umweltgewerkschaft“ stehen uneingeschränkt solidarisch Seite an Seite mit der „Letzten Generation“ und werden uns weder einschüchtern noch spalten lassen!

Die „Umweltgewerkschaft“ verfolgt eine andere Taktik als die „Letzte Generation“: Wir wollen die Entwicklung von gemeinsamen Massenprotesten und Streiks der Arbeiter- und Umweltbewegung erreichen. Die „Umweltgewerkschaft“ hält die Aktionen der „Letzten Generation“ nicht für zielführend, weil sie nicht die Hauptverursacher der Umweltzerstörung treffen. Statt Spaltung und Aktionen gegen Autofahrerinnen und Autofahrer wollen wir eine breite Strategiedebatte in der Umweltbewegung und Arbeiterbewegung entwickeln.

Im Kapitalismus ist die ganze Art zu produzieren auf die Profitlogik ausgerichtet. Deshalb engagieren wir uns für aktiven Widerstand gegen die begonnene globale Umweltkatastrophe und für einen gesellschaftsverändernden Umwelt-

kampf. Sofortige Freilassung aller Umweltkämpferinnen und -kämpfer! Die Erde vor dem Kollaps retten! Umweltbewegung und Arbeiterbewegung gemeinsam gegen die Umweltverbrecher in Konzernvorständen und Regierungen! Für eine befreite Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **7. August 2023** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Anklage wegen Verschwörung: Trump wollte „legitimes Ergebnis der US-Präsidentschaftswahl 2020 unter Verwendung wissentlich falscher Vorwürfe des Wahlbetrugs kippen“ *(„N-TV“)*

Bovenschulte als Bürgermeister wiedergewählt: Neue Senatorin auch für Arbeit und Soziales wird Claudia Schilling, ebenfalls SPD *(„N-TV“)*

Schachzug: Für die Europawahl hat „Die Linke“ eine Kandidatin, die mutigen Einsatz für Menschenrechte bewiesen hat *(„N-TV“)*

„Ideologischer Krieg auf dem Rücken der Schwächsten“: Neofaschistin Meloni streicht Italienern die Sozialhilfe *(„Spiegel“)*

Jetzt schon den Wechsel einleiten: Wer beim alten Stromversorger bleibt, zahlt ewig den hohen Kriegstarif *(„Switch Up“)*

„Drogentod ist Staatsversagen“: „Wenn Lebensgeschichten von Gewalterfahrungen und Ausschluss geprägt sind, scheint die Selbstmedikation logisch“ *(„Tageszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

752. Bremer Montagsdemo am 07. 08. 2023

Bordellverbot

Ich möchte diesmal ein delikates Thema ansprechen, nicht unbedingt delikat für mich, jedoch für jene von uns, denen Moral und Sitte am Herzen liegen. „Kommt bald ein Bordellverbot?“ ist die bewegende Frage, die uns ein buntes Boulevardblatt mit großen Buchstaben entgegenhält.

Ernstzunehmende Gründe werden genannt: „Traumatisierungen wie bei Folteropfern“, „mehr als 90 Prozent der Prostituierten verkaufen ihren Körper nicht freiwillig“, „Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel“, auch „tagtäglich schwere Körperverletzung durch gewalttätige Freier und Zuhälter“.

Die derzeitige Gesetzeslage (Prostituiertenschutzgesetz) führe zu einem dauerhaften Verstoß gegen die in Artikel 1 festgelegte Menschenwürde und sei somit verfassungswidrig. Eine Klage beim Bundesverfassungsgericht soll geprüft werden, wozu 184 Abgeordnete als Unterstützer benötigt werden. Erhoben wird die Forderung nach Strafbarkeit der „Freier“ wie in Schweden oder Frankreich (nordisches Modell).

Schlimme unmenschliche Zustände, denen dringend ein Riegel vorgeschoben werden muss, wie ich meine. Hier muss eingeschritten werden. Aber ist die Ursache dieser Zustände das Prostituiertenschutzgesetz? Hat das Prostituiertenschutzgesetz diese Gewalttaten hervorgerufen?

Das Boulevardblatt verweist auf eine Forschungsarbeit der Sozialethikprofessorin Elke Mack, die uns sicherlich Antwort auf diese Frage liefert. Sie ist Inhaberin der Professur für Christliche Sozialwissenschaft und Sozialethik (Katholisch-Theologische Fakultät).

Frau Prof. Dr. Elke Mack stützt sich unter anderem per Link auf einen Artikel des „Tagesspiegel“ vom 7. August 2018. Demzufolge wurden „im vergangenen

Jahr 671 Menschen in Deutschland sexuell ausgebeutet, zur Arbeit oder etwa auch zum Betteln gezwungen."

Ja. Richtig. Sehr bedauerliche Opfer von Straftaten. Solche Verbrechen müssen unbedingt strafrechtlich verfolgt werden. Ein Zitat aus der Forschungsarbeit: „Das Dilemma dieser ausländischen Frauen in der Prostitution besteht darin, dass sie neben ihren Sprachbarrieren die sofortige Abschiebung in ihre Heimatländer fürchten müssen, wenn sie den Mut besitzen, sich an die deutschen Sicherheitsbehörden zu wenden."

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Mack, es ist richtig, dass die überwiegende Mehrheit der sogenannten Prostituierten aus dem Ausland kommt, überwiegend aus Rumänien, Bulgarien, Polen; deutlich weniger, dennoch zahlreich, aus Südeuropa, aus Italien oder Spanien. Dies sind EU-Länder. Frauen aus diesen Ländern haben keine Abschiebung zu befürchten.

Frau Prof. Dr. Mack meint jedoch Frauen, die aus Staaten außerhalb des EU-Gebietes kommen und in Deutschland keinen Aufenthaltsstatus haben. Ja, aber Frau Prof. Dr. Mack, eine Strafbarkeit für „Freier" würde diesen Frauen doch zu keinem Aufenthaltsstatus verhelfen. Sie müssen ohnehin ständig mit einer Abschiebung rechnen. Wäre ein unbegrenzter Aufenthalt im Zusammenhang mit Zeugen- und Opferschutz bei Mithilfe zur Strafverfolgung gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution nicht sinnvoller?

Eine andere Passage aus der Forschungsarbeit: „Psychologisch betrachtet ist deshalb Prostitution ein Preisgeben der eigenen Intimität auf Kosten der eigenen Identität. Sie kann von ihrem Prinzip her kein Ausdruck sexueller Selbstbestimmung sein, weil sie grundsätzlich immer mit einer fundamentalen Form der intimen Selbstausbeutung und systemisch mit der teilweisen Selbstaufgabe verbunden sein muss."

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Mack, das ist eine Meinung, die ich akzeptieren und respektieren kann. Jedoch hat jedes Individuum das Recht, die Intimität seiner Fortpflanzungsorgane selbst zu bestimmen, also das Maß der Intimität hoch oder niedrig anzusetzen und somit das Recht, dieses Maß der Intimität jederzeit zu ändern. Niemand ist jetzt gezwungen, das Maß an Intimität seiner Identität den Moralvorstellungen anderer anzupassen.

Wenn eine Frau ihre Haare als Intimität ansieht, die sie der Öffentlichkeit nicht preisgeben möchte, hat sie das Recht dazu. Wenn also ein erbärmlich feiger Rüpel einer Muslima das Kopftuch herunterziehen würde, wäre dies eine Verletzung ihrer Intimität.

Andererseits können wir wohl kaum Nudistencamps verbieten, weil geile Spanner aus der Ferne kostenlose sexuelle Reality-Ausbeutung betreiben, auch wenn das Maß an Intimität der Nudisten nicht katholisch-theologischen Moralvorstellungen entsprechen sollte, Frau Prof. Dr. Mack.

Warum werden gewisse Körperregionen als intimer angesehen als andere? Wegen der Scham. Woher kommt die Scham? Von den monotheistischen, abrahamitischen Weltreligionen. Nach dem „Sündenfall" haben sich Adam und Eva

ihrer Nacktheit geschämt. Also müssen wir das auch. Bevor europäische Entdecker, Eroberer und Missionare kamen, kannten viele Völker die Scham nicht und auch die sogenannte Prostitution war denen völlig unbekannt.

Das kennen wir aus „Arte“-Dokus: Die vielen nackten Stämme in den Dschungeln von Südamerika und Neuguinea, Brüste, Lendenschurze, Penishalter (Zitat). Wirklich schamlos, bar jedweder Intimität, wobei es sich in diesen Dokus sicherlich um ältere Aufnahmen handelt, denn mittlerweile wurden auch diese letzten Stämme mit der Scham beglückt, sodass auch sie ihre Intimität mit T-Shirts und Bermudashorts bedecken und „Prostituierte“ zur Deckung des illegalen schambehafteten Sexbedarfs der waldrodenden Arbeiter die Pistenränder säumen.

Die *Venus* erinnert hingegen an eine vergangene Zivilisation, die Scham und Intimität anders gesehen hat. Der *David* war eine Auftragsarbeit der Stadt Florenz. In der Sixtinischen Kapelle, eine Auftragsarbeit des Vatikans, musste Michelangelo die Intimitäten auf Drängen und Drohen des Papstes widerwillig bedecken. Der *Diskobolos* erinnert daran, dass einmal schamlos Sport betrieben wurde.

Ich will jetzt niemanden von seiner anerzogenen Scham befreien. Mir selbst geht es gut mit meiner anerzogenen Scham, von der ich mich auch nicht befreien will. Von einem als allgemein geltenden gesellschaftlichen Konsens über Intimität kann in unserer Gegenwart der westlichen Zivilisationen jedoch nicht mehr die Rede sein.

Das hier ist der Klopfer aus der Forschungsarbeit: „2019 haben die USA die Bundesrepublik im weltweiten Sicherheitsranking wegen unzureichender sicherheitspolitischer Maßnahmen gegen den ansteigenden Menschenhandel in Deutschland auf Stufe 2 herabgestuft.“

Ein Land mit mittlerweile jährlich mehr als 20.000 Todesopfern bei Schießereien und weltweit dem größten Markt für Pornographie und „Prostitution“ – trotz Strafbarkeit – stuft Deutschland im Sicherheitsranking ab; ausgerechnet im Jahre 2019, bei einem gewählten Präsidenten, der Herabwürdigung von Frauen zur Sozialethik erhoben hatte. Das kann nicht Ihr Ernst sein, Frau Prof. Dr. Mack.

Bis zu dieser Stelle hat es mir dann gereicht. Nicht ein Hinweis, inwiefern das Prostituiertenschutzgesetz Ursache für schlimme Gewalttaten gegen Frauen und für Menschenhandel ist. Schade. Dennoch habe ich Verständnis dafür, dass sich Frau Prof. Dr. Mack als Inhaberin eines Lehrstuhls einer katholisch-theologischen Fakultät in dieser Thematik beherzt ins Feld wirft.

Seit Jahren überkommt mich das Kopfschütteln, wenn ich hin und wieder manche dilettantische Doku über „Prostitution“ in Deutschland sehe. Da stehen junge rumänische Frauen an einer Landstraße in Deutschland mit viel Fernverkehr, um dort den Markt der notgeilen Fernfahrer abzugraben. Die große Frage, die dabei aufgeworfen wird: Dürfen die das? In Deutschland ist „Prostitution“ ja legal. Oder?

Das Team interviewt dazu die Behördenleiterin des zuständigen Ordnungsamtes. Die blättert hochwichtig mit Brille auf der Nase in irgendeinem Leitz-Ordner.

Klappt ihn wieder zu. Stellt ihn ins Regal. Zuckt mit den Achseln: „Die dürfen da stehen.“

Nein! Dürfen sie nicht. Lesen Sie doch mal das Prostituiertenschutzgesetz, statt sinnlos irgendwo zu blättern. Wilder Straßenstrich entspricht in keiner Weise den Anforderungen des Gesetzes. Die Behördenleiterin hätte jetzt nur die Pflicht, ein paar ihrer Mitarbeiter(innen) hinzuschicken: „Darf ich mal bitte Ihren Gewerbeschein sehen, junge Frau?“

Genau so verlief auch mal eine Doku über die Zustände des wilden Straßenstrichs Berlin, Kurfürstenstraße. Fazit solcher Sendungen ist dann jedes Mal: Die Legalisierung ist gescheitert. *Nein.* Hier scheitern die Exekutivorgane an der Umsetzung oder Durchsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes.

In Bremen ist durch die Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt ein Bordell geschlossen worden. Rechtliche Grundlage dafür war das Prostituiertenschutzgesetz. Hier wurde das Gesetz endlich einmal umgesetzt.

Was bringt ein Verbot der Sexdienstleistung im Zusammenhang mit Strafbarkeit der „Freier“, wie in Schweden? Warum ausgerechnet Schweden und nicht wie in Thailand? In Thailand ist „Prostitution“ auch verboten. Oder Frankreich? In den meisten Staaten der Erde ist „Prostitution“ verboten beziehungsweise als sittenwidrig eingestuft.

Bei einem Paris-Besuch bin ich dort mit meiner Frau vor dem Regen in eine Boutique geflüchtet, bis wir dann merkten, dass es sich um ein getarntes Bordell handelte. So viel zum nordischen Modell in Frankreich.

Schauen wir in die USA. Nevada ist der einzige Bundesstaat, in dem Sexarbeit legal ist. In den anderen 49 Bundesstaaten herrscht florierender Straßenstrich. Die Etablissements sind getarnt als Saunaclubs, Hostessenservice, Escort Service, Stundenhotels oder Massagesalons. Trotz Strafbarkeit für die „Freier“.

Sowohl in den USA als auch in Schweden kommt Mann deswegen nicht ins Gefängnis. Das ist mit umgerechnet circa 100, 200, vielleicht auch 300 Euro Geldstrafe behaftet. Wenn Strafbarkeit auch hier in Deutschland mit Geld bewehrt sein sollte, wäre das dann ja nichts anderes, als geblitzt zu werden oder falsch zu parken. Ärgerlich, erwischt worden zu sein! Bezahlt Mann halt. Damit soll Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel verhindert werden?

Ertappt zu werden, wäre das nächste Problem. Wie sollte eine mit Geldstrafe bewehrte Strafbarkeit umgesetzt werden? In den USA arbeiten Polizistinnen undercover als „prostituierte“ Lockvögel mit aggressiver Ankoberei auf dem Straßenstrich. In Deutschland ist dies nicht möglich, da Polizistinnen auch undercover nicht zu Straftaten anstiften dürfen. Letztendlich fänden die Tatbestandsvoraussetzungen unter vier Augen in geschlossenen Räumen statt.

Wie sollte also ein Verbot umgesetzt werden? Mit einer Sittenpolizei, die Kopulationsdelikte verfolgt? Selbst wenn eine solche Sittenpolizei die Beteiligten in einer Razzia während der Kopulation in crimine flagranti ertappen sollte, ist Sex in geschlossenen Räumlichkeiten für sich allein genommen nichts Strafbares.

Wie könnte die Beweislast gegen den Beschuldigten erbracht werden, dass eine Geldübergabe stattgefunden hat, und wenn doch, was nahezu unwahrscheinlich ist, wofür das Geld übergeben wurde? Beschuldigte einer Straftat haben das Recht zu schweigen. Damit soll Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel verhindert werden?

Wenn zwei erwachsene Menschen sich innerhalb geschlossener Räumlichkeiten begegnen, geht es ja auch prinzipiell niemanden etwas an, was sie miteinander vereinbaren und miteinander tun. Dies geht keinen Polizisten etwas an, keinen Sittenwächter oder Moralapostel, erst recht auch keinen Zuhälter, Kidnapper, Menschenhändler.

In Schweden gelten „Prostitiuerte“ übrigens als der letzte Abschaum, denen das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen wird. Durch erheblich konsequentere Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes wären die Bordelle im Visier der Gesundheitsämter, Ordnungsämter, Finanzämter, Gewerbeaufsichten, was sie nicht wären, wenn sie durch Verbot in die Illegalität getarnter Etablissements abtauchen würden.

Gewalt gegen Frauen, insbesondere von Männern an Frauen, ist in unserer Gesellschaft ein Problem, dass ich hier an dieser Stelle keinesfalls bagatellisieren oder verharmlosen möchte. Menschenhandel und Gewalt gegen Frauen gehören strafrechtlich verfolgt. Dazu haben wir ausreichend Paragraphen im Strafgesetzbuch, wie Freiheitsberaubung, Nötigung, Körperverletzung, Vergewaltigung, Schutzgelderpressung, Bedrohung.

Was die Sexarbeit angeht, wirft sich jedoch die Frage auf, ob Sex gegen Geld tatsächlich niemals einvernehmlich stattfindet. Damit wirft sich dann auch die Frage auf, ob Pornoindustrie und Sexcam-Industrie auch verboten werden sollten, denn schließlich handelt es sich bei diesen Industrien auch um Sex gegen Geld. Wenn jedoch Sex gegen Geld im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes überwiegend selbstbestimmt und einvernehmlich stattfinden sollte, könnte sich ein Verbot als verfassungswidrig erweisen.

Falls es dennoch mit einem Verbot hart auf hart kommt, gibt es ja noch diese Lösung: Entweder kalt duschen oder die Sexpuppe Trixie bestellen. Für so manche männliche Sehnsüchte ist Trixie genau richtig: sieht heiß aus, fühlt sich weich an, redet nicht und schreibt keine Forschungsarbeiten.

Aber bis dahin: Aurica ist wieder da. Sie ist aus Rumänien und ganz furchtbar nett. Sie geht hier zwei bis drei Monate ihrem Gewerbe nach. Dann macht sie für vier bis sechs Wochen Urlaub, dann wieder zwei bis drei Monate Gewerbe. Aurica hat 3.000 bis 4.000 Euro Nettoeinkünfte im Monat nach Abzug von Steuern, Raummiete, Krankenversicherung. Wenn du ihr sagst: „Arbeite doch bei Penny an der Kasse oder im Callcenter“, zeigt sie dir einen Vogel.

Wir hätten uns alle für sie gewünscht, dass sie Tierärztin geworden wäre... Ist sie nun mal nicht. In Rumänien kostet eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit 55 Quadratmetern monatlich 300 Euro. Klingt günstig. Bei einem Mindestlohn in Rumänien von 470 Euro monatlich bleibt auch dort zum Leben nicht viel übrig.

Aurica ist fiktiv, dennoch repräsentativ und verdeutlicht die sozioökonomischen Ursachen für Frauen aus den Armenhäusern der EU, sich für die legale Sexarbeit in Deutschland zu entscheiden.

Was ich bis jetzt ausgelassen habe, sind Frauen, die Dienstleistungen von Männern in Anspruch nehmen und somit ebenso von einer schwerlich beweisbaren Strafbarkeit betroffen wären. Das ist wohl seltener, da laut offiziellen Statistiken zehn Prozent der Gewerbetreibenden der Sexdienstleistungsbranche aus Männern bestehen.

Frauen outen sich auch seltener. Pia Klemp beschreibt eine solche Frau, die einmal wöchentlich einen Sexworker zu sich nach Hause bestellt. Das ist zwar eine Romanfiktion, bei der ich jedoch davon ausgehe, dass Pia als feministische Vertreterin ihres Geschlechts durchaus Realität widerspiegelt und sich in Frauenbelangen bestimmt besser auskennt, als ich es vermag.

Auch Frauen schauen sich Pornos an, gehen in Stripclubs oder bestellen sich Stripper zum Junggesellinnenabschied, wobei es durchaus vorkommt, dass sie die adonisgleich gestählten Körper anfassen. Mir gegenüber hat eine Frau einmal geäußert, sie könne sich nicht vorstellen, dass eine Frau freiwillig „Prostitution“ betreibe. Was hätte sie auch anderes sagen sollen, in einem Großraum mit vielen Menschen, die mithören, ohne dabei einem „Schlampen- und Hurenklischee“ zum Opfer zu fallen?

In einem späteren vertrauten Gespräch unter vier Augen sah sie das dann auch differenzierter, wobei sie von Richard Gere in der Rolle des „American Gigolo“ schwärmte. Sie würde solch einen Traumtypen – auch gegen Geld – nicht von der Bettkante stoßen. Wenn eine Frau sich gegenüber einem Mann so outet, muss zuvor viel Vertrauen aufgebaut worden sein, da sie sich sonst in der Gefahr anzüglicher Diffamierungen sieht.

Ich sehe die sogenannte Prostitution und Pornographie vor allem als Kanalisierung zivilisatorisch bedingter Scham an. Verbote und Strafen werden nichts ändern, eher im Gegenteil die bürgerliche Heuchelei im Umgang mit der „Prostitution“ fördern. Ich bin auch der felsenfesten Überzeugung, dass eine bessere Gesellschaftsform, die Ausbeutung und Plünderung beseitigt, nicht mit Verboten erreicht wird, sondern durch Überzeugungsarbeit.

Und ich werfe die Frage auf, inwiefern eine Strafbarkeit von Sex gegen Geld zwischen Erwachsenen für „Freier“ wegen schwieriger bis unmöglicher Beweisbarkeit Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel verhindert. Dieses sinnlose Räuber- und Gendarm-Spiel zwischen Sexarbeiterinnen und Polizei zelebriert Frankreich seit Jahrhunderten.

Keiner Frau kann verboten werden, auf der Straße zu stehen. Keinem Hotelier kann verboten werden, seine Zimmer stundenweise zu vermieten. Was seine Hotelgäste in den Zimmern machen, ist Privatsache, und kein Staatsanwalt kann eine gerichtsfeste Beweislast erfüllen. „Ein jeder hat für unschuldig zu gelten, bis seine Schuld bewiesen ist“, stammt aus der französischen Menschenrechtserklärung von 1789.

Alle Jubeljahre gibt es dann eine Razzia, und Sexarbeiterinnen werden in die „Grüne Minna“ geladen und zum Polizeirevier gekachelt. Sie werden dann unter dem Vorwand der Personenidentifizierung für maximal einen Tag lang festgehalten, jedoch mangels Beweisen wieder freigelassen. Kein Haftrichter ordnet in solchen Fällen U-Haft an.

Jetzt hat die Staatsmacht für einen Tag lang lediglich auf einer Straße dem Gewerbe geschadet. Mehr ist aber nicht passiert. Mehr würde auch nicht passieren, wenn statt der Sexarbeiterinnen die „Freier“ alle Jubeljahre auf einer Straße in die „Grüne Minna“ gezerrt werden.

Ähnliche Possen in den USA: Undercover-Cops werden zwar eingesetzt, jedoch nicht in den getarnten Bordellen und auch nicht dort, wo wirklich Straßenstrich betrieben wird. Die Frauen kennen sich ja untereinander, und wenn eine „Neue“ kommt, wird sie von den anderen Frauen gleich abgecheckt. Oder es wird der „Beschützer“ gerufen, der sich die „Neue“ ansieht, und der stellt ganz harmlose Fragen, denn sie könnte ja ein Cop sein: „Bist du neu hier in der Gegend? Ich hab dich hier noch nicht gesehen.“

Also stellen die Cops Fallen dort, wo kein Straßenstrich stattfindet. Da geht ein unbescholtener Mann seines Weges daher und wird von einer Frau aggressiv angekobert: „Let’s have fun in my room, baby. I’ll give you a special price.“ Was eine echte „Prostituierte“ nie machen würde, denn der „Freier“ könnte ja ein Cop sein.

Er lehnt ab. Die Undercover-Cop, Mitte 30, hakt sich bei ihm ein, zieht ihn, während sie weiterhin verbal auf ihn eindringt. Er gibt nach und willigt dann doch ein, und in der dunklen Gasse, nach der Geldübergabe, stürzen sich die Kollegen auf ihn. Ehe er sich’s versieht, hat er Handschellen statt seines nachgiebigen Seelenfriedens.

Ein paar Tage später bekommt er Post. Er kann die Geldstrafe zahlen. Sie wird ihm erlassen, wenn er an einem eintägigen Gesinnungskursus mit Vortrag und Diskussion teilnimmt, der ihm dazu verhelfen soll, seine unmoralische Einstellung gegenüber Frauen zu ändern. Er nimmt an diesem Kursus teil. Eine erwachsene Frau hält einen Vortrag darüber, dass sie, minderjährig, als 16-Jährige von einem erwachsenen Mann zur (hier kann man es ja deutlich sagen) sexuellen Ausbeutung gedrängt wurde.

Brechen wir diese Geschichte mal hier ab. Anstiften zu Straftaten darf die deutsche Polizei schon mal nicht. Im deutschen Strafrecht nimmt der „Vorsatz“ einen hohen Stellenwert ein. Es gibt Straftaten, die passieren garantiert immer vorsätzlich – Bankraub, Autodiebstahl –, aber der Mann hatte keinerlei Vorsatz, zur „Prostituierten“ zu gehen.

Was diesen Gesinnungskursus angeht: Deutschland hat ein stark ausgeprägtes Individualfallprinzip. Der Mann hat keine Minderjährige der sexuellen Ausbeutung zugeführt. Er ist durch Anstiftung von einer gestandenen, erwachsenen Frau zur „Tat“ (?) gezerrt worden.

Die Geschichte hat eine Pointe: Was hat er jetzt gelernt? Gehe nie deines Weges auf der Straße, und wenn doch, benutze nur Straßen, in denen Straßenstrich stattfindet. Nur dort wirst du garantiert von keinem Cop angestiftet. Ich finde, unsere Polizeikräfte sollten an effektiveren Hebeln angesetzt werden zur Strafverfolgung von Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel oder Kindesmissbrauch.

Die entsetzliche Wahrheit ist jedoch, dass Gewalt gegen Frauen überwiegend innerhalb von Partnerschaften verübt wird. Niemand kommt auf die Idee, deswegen die Ehe zu verbieten oder unter Strafe zu stellen.

Während eines Straßenfestes in Bremen-Walle hielt der damalige Oberbürgermeister Jens Böhrnsen eine Rede. Er ist in dem Stadtteil aufgewachsen in einer Zeit, in der Hafen wie „Prostitution“ in Walle blühten. Der Straßenstrich auf dem Waller Ring lag auf seinem Schulweg. Als Junge habe er dabei verschämt den Blick von den Frauen abgewandt. Neben mir stand ein Freund, der meinte: „Und bis heute hat er noch nicht weiter darüber reflektiert.“

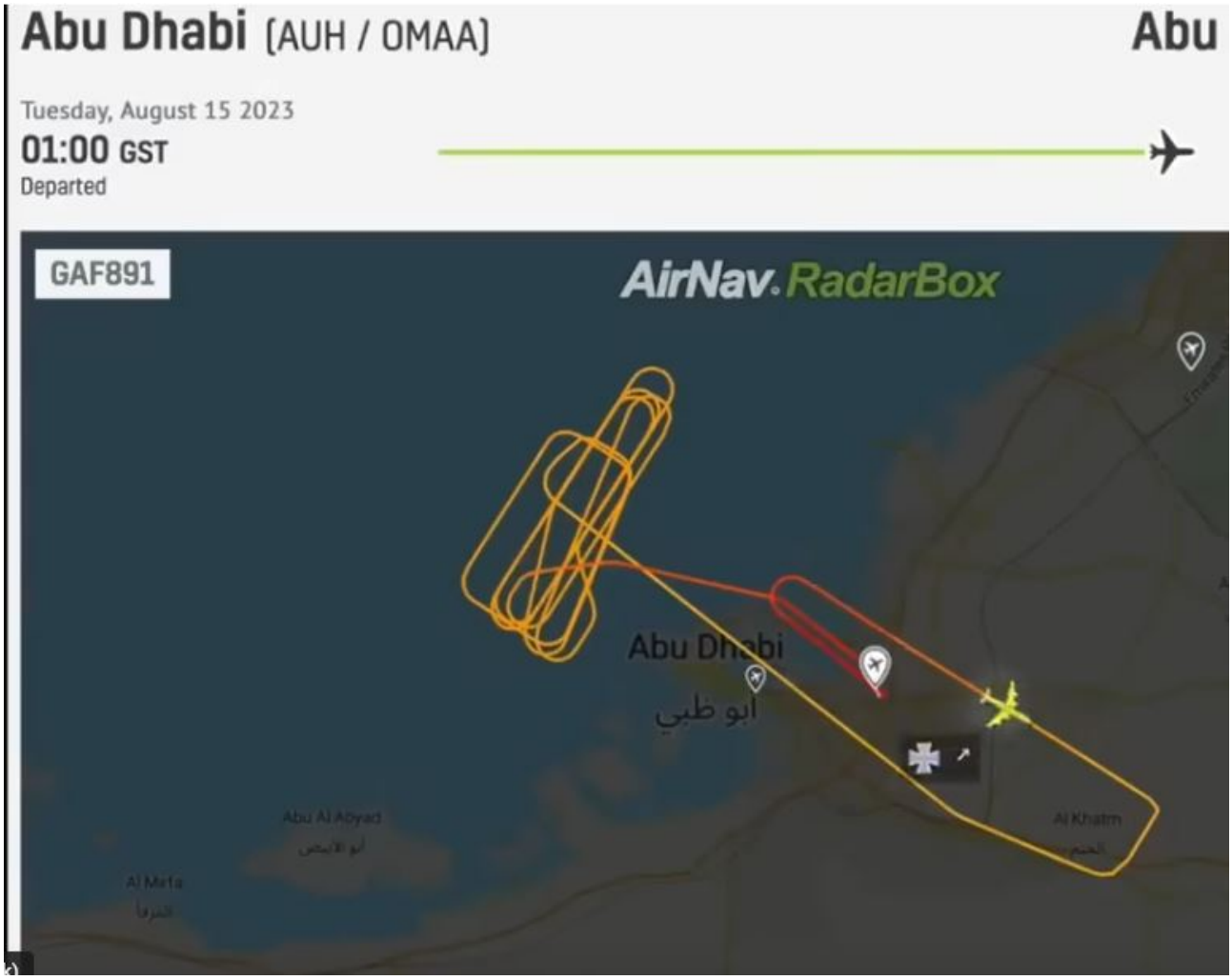
Es ist schon merkwürdig, wie viele brave Bürger auf die Nähe von Sexarbeiterinnen reagieren. Dabei sehen die doch ganz normal aus, oder sind das etwa Aliens mit zwei Köpfen und acht Beinen? Es sind ganz normale Menschen, deren Anblick dem ehemaligen OB Bremens sicherlich nicht außerordentlich geschadet hat. Er wurde kein Zuhälter, kein Sittenstrolch oder Triebtäter. Sein Lebensweg verlief in soliden Bahnen: Jurastudium, Verwaltungsrichter, Oberbürgermeister.

Der Band „Die Taschen waren voller Geld“ erzählt von der Geschichte der Hafenbars in Bremen-Walle. Wenn damals die Frauen außerhalb ihres Sexgewerbes nach ihrem Beruf gefragt wurden, antworteten sie: „Ich bin freiberuflich tätig.“

Gehen Sie behutsam mit Ihrem Körper um und viel behutsamer mit dem Körper anderer. Wenn die Chemie stimmt, klappt’s auch mit der Nachbarin. Ganz gleich welchem legalen Gewerbe sie nachgeht. Was wir jedoch auf keinen Fall brauchen, sind Moralwächter über unsere Intimität.

Frank Kleinschmidt (parteilos) – Fotos: „Wikipedia“

Professor „Unrat“ Lauterbach umschifft ein Problem: Für die sozial kontrollierte Überschreitung von Moralgrenzen im Kleinen haben wir in Deutschland das Vereinsrecht *(„Frankfurter Rundschau“)*



Pimmel am Himmel, Flieger am Boden: Annalena Baerbock lässt über Abu Dhabi tonnenweise Kerosin abspritzen *(„WDR“, („Radarbox“)*

Die Pariser „Klimaziele“ sind krachend gescheitert

Aktiver Massenwiderstand gegen die globale Umweltkatastrophe ist dringender denn je! Vor Kurzem wurde der neue „Sachstandsbericht“ des Weltklimarats IPCC veröffentlicht. Die Zusammenfassung zehntausender Umweltforschungsarbeiten verbreitet eine sehr widersprüchliche Botschaft. Warnend wird festgestellt, dass die Klimakrise wesentlich schneller voranschreitet als in früheren Prognosen angenommen: „Das Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schließt sich rapide.“

Extremwetterereignisse mit Hitzewellen, Megawaldbrände, Dürren und Starkregenfälle haben stark zugenommen und werden zukünftig noch stärker zunehmen. Hunderte Millionen Menschen werden schon in den nächsten Jahren unmittelbar betroffen sein. Der Bericht untermauert, dass einige Zerstörungsprozesse inzwischen unumkehrbar geworden sind, zum Beispiel das Abschmelzen der Gletscher und damit der Verlust einer der wichtigsten Trinkwasserreserven der Menschheit oder das Auftauen der Permafrostböden und damit das Entweichen von gigantischen, darin gebundenen Kohlendioxid und Methangasmengen – was wiederum die Erderhitzung weiter beschleunigt.

Trotz seiner eindringlichen Mahnung verharmlost der Bericht zugleich die Situation, da er sich weitgehend auf die Klimafrage beschränkt. Viele Wechselwirkungen zu anderen Zerstörungsfaktoren werden ausblendet: zum sich vergrößernden Ozonloch, zum Umkippen der Regenwälder, zum dramatischen Artensterben, zur Vermüllung, Vergiftung und radioaktiven Verseuchung der Erde. Alle diese Faktoren verstärken sich gegenseitig. Wir müssen vom Beginn einer globalen Umweltkatastrophe sprechen, die die Existenz der ganzen Menschheit bedroht!

Der Bericht dokumentiert, dass alle Klima-Vereinbarungen wenig gebracht haben, im Gegenteil: Der Klimagas-Ausstoß ist seit dem Pariser Klimaabkommen 2015 weiter gestiegen! Kein Wunder, denn laut OECD haben sich die weltweiten Subventionen fossiler Energieträger „seit Paris“ noch einmal deutlich erhöht, auf 650 Milliarden Dollar.

Der IPCC-Bericht ist eine Bankrotterklärung des Pariser Klimaabkommens mit seinem sogenannten 1,5-Grad-Ziel. Die Einschätzung der „Umweltgewerkschaft“ bestätigt sich: „Der in Paris ausgehandelte Klimavertrag ist im Wesentlichen ein Betrug, denn er wird die Entwicklung zu einer globalen Klimakatastrophe nicht bremsen, sondern beschleunigen – und er verdeckt die Hauptursache der Klimakrise: die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft.“

Man könnte nach der dramatischen Beurteilung der Lage annehmen, dass die Wissenschaftler eine sofortige „Abschaffung“ des Kapitalismus mit seinem umweltzerstörenden Profitmaximierungsgesetz fordern würden. Weit gefehlt! Stattdessen wird weiter auf das gesetzt, was doch offensichtlich gescheitert ist: die „Aufforderung“ an Regierungen und Unternehmen, ihre „Klimaanstrengungen“ zu verdoppeln und zu verdreifachen, „grüne“ Technologien „noch viel stärker“ zu fördern und so das Ruder noch herumzureißen.

Um den offensichtlichen Bankrott des Pariser Klimaschutzabkommens zu vertuschen, flüchtet sich der Bericht in die neue Behauptung, dass die 1,5-Grad-Erwärmung nur „zeitweise“ überschritten werden könnte, dass also die Temperatur nach einigen Jahrzehnten wieder unter 1,5 Grad Zuwachs zurückgehen würde – obwohl der Bericht selbst schon von „irreversiblen“ Klimazerstörungen spricht. Für wie blöd halten uns diese grünen Kapitalismusverteidiger eigentlich?

Wir sind uns sicher: Dieser Bericht wird die begonnene Strategiediskussion in der Klima- und Umweltbewegung weiter befeuern. Umweltkatastrophe, Hochrüstung und Weltkriegsgefahr bringen immer mehr Menschen gegen den Kapitalismus auf. Die Kapitalismuskritik wird wachsen, der Antikommunismus wird an Wirkung verlieren.

Die „Umweltgewerkschaft“ wird alles tun, um aus der Enttäuschung vieler umweltbewegter Menschen eine bewusste Entscheidung für einen gesellschaftsverändernden Umweltkampf zu machen. Das heißt den Betrug der offiziellen Klimapolitik der Regierungen und das „Greenwashing“ der Konzerne aufdecken, für eine dauerhafte und überparteiliche Organisierung in der „Umweltgewerkschaft“ überzeugen und auf einen entschlossenen Kampf zur Überwindung des Kapitalismus im Schulterschluss mit der Arbeiterbewegung orientieren!

Jetzt schon vormerken: Am **24. September 2023**. organisiert die „Umweltgewerkschaft“ eine **Veranstaltung** zum Thema: „Die globale **Umweltkatastrophe** hat begonnen – Was tun? Mit welcher Perspektive?“ (ab **15 Uhr** in der **Zionsgemeinde**, Kornstraße 31).

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die AfD rechts überholen per „Rückführungsoffensive“?

Kein Tag vergeht ohne massive Medienpräsenz der AfD. In Umfragen steht sie schon bei 21 Prozent. Regierungsparteien und CDU überschlagen sich im Versuch, die AfD rechts zu überholen. Innenministerin Nancy Faeser will eine „Rückführungsoffensive“ von Asylbewerbern. Das ist nichts anderes als massive Abschiebung! Dazu will sie die Abschiebehaft auf 28 Tage verlängern, ohne jegliche Straftat oder Vorwurf dafür – es reicht, wenn das Herkunftsland als „sicher“ erklärt wurde.

Zimmer von Geflüchteten sollen nicht mehr als geschützter Wohnraum gelten, sondern jederzeit und gewaltsam betreten werden dürfen: Die Tür eintreten und mit vorgehaltener Waffe unschuldige Menschen gewaltsam rausholen. AfD-Faschist Krah, Spitzenkandidat der AfD zur Europawahl, meint: „Was wir brauchen, sind Pushbacks, egal was der EuGH dazu sagt.“ Pushbacks heißt, Flüchtlingsboote brutal ins offene Meer zu drängen, wie vor ein paar Wochen, als mehr als 500 Menschen ertranken.

Die AfD will spalten. Sie ist eine extreme Monopolpartei, extrem unsozial. Bei über 75 Prozent der Abstimmungen in Bundestag hat sie gemeinsam mit der Kapitalistenpartei FDP gestimmt, zum Beispiel gegen die Erhöhung der Mütterrente, gegen die Erhöhung des Steuerfreibetrags für Niedriglöhner, gegen die Erhöhung der Steuern für Besserverdienende. Die AfD leugnet die Umweltkatastrophe und fordert weiter Politik im Interesse der Automonopole und keinerlei Beschränkung der Verbrennung fossiler Brennstoffe.

Wie es aussieht, wenn solche Leute in der Regierung sind, sieht man in Italien: Die faschistische Ministerpräsidentin Meloni hat dort jetzt des Bürgergeld für alle Bedürftigen unter 65 gestrichen. Hunderttausende werden in Armut und Hunger getrieben! Deswegen, liebe Protestwähler, nicht zurück zu den „bürgerlichen Parteien“, sondern vorwärts zum Kampf um den echten Sozialismus! Protest ist links! Zusammenhalt aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, weltweit! –

Am 6. August war 78. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshioma. Hunderttausende verloren ihr Leben oder siechten langsam dahin. USA und Russland drohen beide mit Atomkrieg, Deutschland ist beteiligt an der Weltkriegsvorbereitung. Jetzt wurde beschlossen, dass Rheinmetall eine Fabrik in Düsseldorf baut für den Tarnkappenjet und Atombomber F-35. Regierungsparteien, CDU und Linkspartei (jedenfalls deren Mehrheit und Führung) sind für Waffenlieferungen an Ukraine und die Nato-Strategie „Sieg über Russland“. Der Hauptfeind steht aber im eigenen Land! Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter! Schluss mit Waffenlieferungen und Weltkriegsvorbereitung! –

Zum Beitrag von Frank. Ich bin völlig anderer Meinung: Prostitution soll verboten werden! Sie ist der widerwärtigste Ausdruck davon, dass im Kapitalismus alles, auch Liebe und Sexualität, zur Ware wird und dass Frauen aufs brutalste ausgebeutet werden. Im Parteiprogramm der MLPD steht dazu: „Kampf gegen alle Formen der besonderen Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen und Mädchen! Für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung! Bestrafung sexueller Ausbeutung und Gewalt! Kampf dem Sexismus, der Pornografie, der Prostitution und dem Menschenhandel!“ In der Sowjetunion wurde nach der Oktoberrevolution die Prostitution verboten und allen Prostituierten eine Ausbildung ermöglicht.

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Strenge Dame erwartet ihn: Donald Trumps qualvoller Hexenprozess wird im Fernsehen übertragen *(„Raw Story“)*

Volksverhetzendes Flugblatt: Chef der „Freien Wähler“ von Jugendstraftat eingeholt, weil er noch heute demokratiefeindliche Gesinnung zeigt *(„Tageszeitung“)*

Armutsforscher „entsetzt“: 100 Milliarden für Rüstung, zehn Milliarden für

Chip-Fabrik, 2,4 Milliarden für „Kindergrundsicherung“ *(„Tagesspiegel“)*

Aber 4,3 Milliarden für mehr „Bürgergeld“: Regelsatz für Alleinstehende steigt 2024 überraschend auf 563 Euro *(„Spiegel“)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **4. September 2023** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

753. Bremer Montagsdemo am 04. 09. 2023

Fünf Jahre „Fridays for Future“ – Wie geht es weiter?

Die Bewegung „Fridays for Future“ kann stolz sein auf ihr fünfjähriges Bestehen. Wichtige Erfolge wurden erreicht: die Fähigkeit, Massenproteste zu organisieren; eine größere Sensibilität in der Gesellschaft für die Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen; eine weltweit vernetzte neue Jugendbewegung mit wachsender Kritik an der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Es gibt gleichzeitig aber auch eine zahme, systemkonforme Richtung innerhalb von „Fridays for Future“, die von den Grünen ausgeht. Luisa Neubauer wird von den Massenmedien als „Sprecherin“ und „Gesicht der Bewegung“ in vielen Talkshows herumgereicht. Dabei fehlt ihr und dem sogenannten „Sprecherrat“ jegliche demokratische Legitimation. Sie will erreichen, dass sich die Bewegung nur auf die „Klimarettung“ fokussiert. Sie setzt auf illusionäre Hoffnungen wie Wahlen, auf Politiker in der Regierung, auf Klagen vor Gericht sowie auf die kritische Begleitung der „Umweltgipfel“ der Herrschenden.

Wie sagte sie so schön: „Das Klimaschutzgesetz konnte nur verschärft werden, weil wir geklagt haben. Da hätte auch die größte Straßenblockade nichts gebracht.“ („Tagesschau“, 20. August 2023). Und sie rät dazu: „Es ist nicht immer wirksamer, wenn man doller draufhaut. Es kann auch wirksamer sein, wenn etwas ganz leise und unverhofft aus unerwarteten Ecken kommt.“ Wenn man sich zum Beispiel für ein Tempolimit einsetze, sei es „wirkungsvoller, eine Runde FDP-Wähler zu finden, die sich davon überzeugen lässt und dafür einsteht, als noch eine Straßenblockade“ („Tagesschau“, 12. August 2023).

Welche Weltanschauung treibt Luisa Neubauer an? Am 19. Oktober 2022 war sie im ZDF zu Gast bei Richard David Precht. Dort erklärte sie, dass sie weder Optimist noch Pessimist sei, sondern Possibilist. Possibilismus gehört zur bürgerlichen Weltanschauung und ist eine Abart des Pragmatismus. Der Begriff

ist abgeleitet vom französischen *possible* und bedeutet „das Mögliche“. Im Klartext: Nur soweit gehen, wie die Herrschenden es zulassen!

Die Bremer Gruppe von „Fridays for Future“ hat die Ausrichtung der zentralen „Sprechergruppe“ in Berlin massiv kritisiert und sich im Juli 2023 leider aufgelöst. Sie hat die unverbindlicher Erklärung des Pariser Klimavertrags als untauglich abgelehnt und konkrete Forderungen, Projekte und Aktionen angemahnt. Die Bremer Gruppe kritisiert auch, dass in der Bewegung antikapitalistische FFF-Akteure zurückgedrängt wurden: „Profitsteigerung und unendliches Wachstum sind unvereinbar mit wirksamem Klimaschutz“ („Weser-Kurier“, 5. Juli 2023).

Das Fass zum Überlaufen brachten die Attacken der Sprechergruppe und der Jusos und Grünen-Jugend in Bremen. Nachdem auf einer Demonstration in Bremen die Gruppe „Palästina spricht“ zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk aufgerufen und die rassistische Politik der israelischen Regierung kritisiert hatte, wurde die Bremer FFF-Gruppe völlig zu Unrecht mit der Keule des Antisemitismus beschimpft. Ein ungeheuerlicher Vorgang!

Inzwischen hat die Zentrale aus Berlin in Bremen eine neue FFF-Gruppe eingesetzt. Wir sind gespannt. Wir werden als „Umweltgewerkschaft“ weiterhin für den aktiven Widerstand gegen die globale Umweltkatastrophe, für die Zusammenarbeit von Umwelt-, Jugend- und Arbeiterbewegung und für einen gesellschaftsverändernden Umweltkampf eintreten.

Am Freitag, dem **15. September 2023**, organisiert „Fridays for Future“ den nächsten globalen **Klima-Aktionstag**. Die **Demonstration** in Bremen beginnt um **10 Uhr** auf dem **Bahnhofsplatz**. Unsere **Veranstaltung** „Die globale **Umweltkatastrophe** hat begonnen – Was tun? Mit welcher Perspektive?“ am **24. September 2023** ist der nächste Höhepunkt (**16 Uhr** Gemeindezentrum **Zion**, Kornstraße 31). Ihr seid alle herzlich eingeladen!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Rüstungshaushalt aufblähen, Industriestrom verbilligen – an der Kindergrundsicherung sparen

Weltweit – so auch in Bremen – wurde am vergangenen Freitag der Antikriegstag begangen. Ein paar Hundert Demonstranten waren hier auf dem Marktplatz. Gedacht wurde nicht nur des Beginns des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939, der Überfall auf Deutschlands auf Polen, sondern vor allem auch des aktuellen Krieges in der Ukraine.

Es besteht weiterhin eine gefährliche Eskalation und die Gefahr eines Dritten Weltkrieges – und der wäre ein Atomkrieg! Hochgefährliche Gedankenspiele werden auf beiden Seiten betrieben. So soll Deutschland nun „Taurus“-Marschflugkörper liefern. Damit würden Angriffe weit in russisches Gebiet möglich. Der „Taurus“ kann eine halbe Tonne Munition transportieren und ist kaum abschießbar, weil er unterhalb des Radars fliegt.

Noch zusätzlich zum 100-Milliarden-„Sondervermögen“ wird ständig weiter aufgerüstet und der Rüstungshaushalt aufgebläht. Es wächst die Kriegsmüdigkeit, sowohl in Russland als auch Ukraine. Die Kriegsminister in der Ukraine und Russland wurden inzwischen entlassen und ausgetauscht, der Chef der „Wagner“-Truppe, Prigoschin, abgeschossen – was aber keine Entspannung bedeutet!

Die Völker wollen keinen Krieg, aber in beiden Ländern gibt es noch eine starke chauvinistische Strömung. Der Grundsatz „Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter“ muss sich durchsetzen! Die Hunderttausend Toten auf beiden Seiten sind in erster Linie Arbeiter- und Bauernsöhne und auch -töchter – und nicht die Kinder der Oligarchen!

Am Sonntag ging in Thüringen die „3. Internationale Bergarbeiterkonferenz“ zu Ende. Bergarbeiter aus der ganzen Welt waren dabei. Auch hier spielte der Kampf gegen einen Dritten Weltkrieg eine wichtige Rolle. Sehr passend kam dazu ein Grußwort aus Russland von der „Union der Maoisten“ aus dem Ural:

„Heute, da die Imperialisten Russlands einen Krieg gegen die Ukraine organisiert haben und die Imperialisten der ganzen Welt einen Dritten Weltkrieg vorbereiten, ist die internationale Solidarität der Bergleute und Arbeiter besonders wichtig, genau wie damals im Jahr 1919. Es ist notwendig, den Rücken des Monopolkapitals anzugreifen, das der Menschheit das Grab bereitet. Solche Streiks und der internationale Kampf der Arbeiterklasse können der einzige Garant für den Frieden auf der Erde sein.“

Die jetzige Friedensbewegung ist noch zu schwach – und oftmals noch nicht konsequent gegen alle Imperialisten gerichtet. Der in dieser Woche beginnende „1. Weltkongress der Internationalen Einheitsfront gegen Faschismus und Krieg“ spielt hier eine wichtige Rolle.

In Deutschland tut die AfD scheinheilig so, als ob sie gegen den Krieg wäre. Sie will aber noch viel mehr Geld für die Bundeswehr – nur soll das nicht aus dem Bundeshaushalt und nicht auf Pump aufgebracht werden, sondern durch Streichung der Sozialleistungen für Arme und Flüchtlinge! Und sie träumen von deutscher Weltmachtstellung – nicht an der Seite der USA, sondern Russlands.

Die Bundesregierung betreibt immer rigoroser die Umverteilung von unten nach oben: Für die Monopole wurden letzte Woche 7,5 Milliarden Euro locker

gemacht – zur Wirtschaftsförderung –, aber für die Kindergrundsicherung gibt es statt der benötigten zwölf nur 2,3 Milliarden.

SPD, FDP und Unternehmerverbände fordern einen Industriestrompreis von vier oder fünf Cent pro Kilowattstunde – für unsereins kostet er 40 Cent! Ein Skandal, dass auch DGB- und IG-Metall-Spitze sich dieser Forderung angeschlossen haben. Das ist ihre elendige Klassenversöhnungspolitik, statt die Interessen der Arbeiter und Angestellten konsequent zu vertreten.

Die „Wirtschaftsweise“ Veronika Grimm fordert eine weitere Erhöhung des Rentenalters. Das 49-Euro-Ticket wird, kaum dass es da ist, schon wieder in Frage gestellt. Es ist Zeit, auf die Straße zu gehen und Streiks zu organisieren gegen die unsoziale Politik, aber auch gegen die Weltkriegsvorbereitungen und die Umweltzerstörung. „Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein“ – das gilt nach wie vor! Gemeinsam auf die eigene Kraft vertrauen!

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Lebensmittelpreise in zwei Jahren um 27 Prozent gestiegen: Nicht nur das Bürgergeld, auch der Mindestlohn muss automatisch erhöht werden *(„Tagesschau“)*

Von wegen „Brandmauer“: Thüringische CDU bringt Steuergesetz mithilfe der AfD durch den Landtag *(„N-TV“)*

Brandenburger Tor „in Flammen“: „Es ist Zeit für politischen Wandel, fort von fossilen Brennstoffen“ *(„Raw Story“)*

Heißester Sommer seit Aufzeichnungsbeginn: Griechenland erleidet den größten Waldbrand in Europa – und dann das größte Unwetter *(„Raw Story“)*

Ich wurde unter Gewaltanwendung von der FFF-Demo gezogen

Am 15. September 2023 nahm ich an der Demonstration von „Fridays for Future“ in Bremen teil. Ich hielt ein DIN-A1-großes Plakat hoch, auf dem stand: „Sozialismus statt Untergang in der globalen Umweltkatastrophe“. Unten links (kleiner) „MLPD“. Mehrere „Ordner“ versuchten mich – mehr oder weniger aggressiv – dazu zu bewegen, das Plakat oder mich selbst zu entfernen, da sie „beschlossen“ hätten, „keine Parteien“ zuzulassen.

Als ich dem nicht nachkam, holten sie zuerst einen Polizisten, der mir einen Platzverweis aussprach. Als ich auch dem nicht nachkam und auf meinem grundgesetzlich geschützten Recht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit beharrte, holte er immer mehr Verstärkung. Zwei große Mannschaftswagen und zwei kleinere Polizeiwagen fuhren auf. Mit zehn Polizistinnen und Polizisten wurde ich gepackt und vom Marktplatz unter Gewaltanwendung weggeschoben und -gezogen.

In einer Seitenstraße wurde ich umringt, und mir wurde angedroht, wenn ich mich nur einen Meter in Richtung Marktplatz bewege, würde ich zwangsweise zur Wache verbracht und dort in eine Zelle gesperrt. Ich habe gegen die Beamten inzwischen Dienstaufsichtsbeschwerde wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung und Verstoß gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gestellt. Was ist hier eigentlich los?

Das eine ist die rechtliche Seite. Die Polizei hat klar gegen geltendes Recht verstoßen. An öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel hat entsprechend Artikel 8 Grundgesetz jeder das Recht teilzunehmen. Die Anmelder oder Versammlungsleiter haben nicht das Recht, bestimmte Personengruppen oder Parteien auszuschließen. Durch das Zeigen „symbolträchtiger Gegenstände wie einer Fahne wird von der Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht“ (BVerfG, Beschluss vom 29. März 2002, NVwZ 2002, 1467).

„Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit schützt auch nicht nur solche Teilnehmer vor staatlichen Eingriffen, die die Ziele der Versammlung oder die dort vertretenen Meinungen billigen, sondern kommt ebenso denjenigen zugute, die ihnen kritisch oder ablehnend gegenüberstehen und dies in der Versammlung zum Ausdruck bringen“ (BVerfGE 84, 203, 209, 1 BvR 772/90).

„Weisungen, die Äußerungen einer Gegenmeinung verbieten (Mitführen eines Spruchbandes, dessen Aussage den Intentionen der vom Veranstalter oder Leiter vorgesehenen Demonstration widerspricht) sind unzulässig. Die Polizei hat die Rechte des Teilnehmers gegen Leiter und Ordner zu schützen“ (Versammlungsrechtlicher Kommentar Dietel/Gintzel/Kniesel, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, 13. Auflage, Randnummer 24 zu §19).

Das andere ist die politische Seite. Was können die selbsternannten „Versammlungsleiter“ von „Fridays for Future“ gegen das oben genannte Plakat haben? Vordergründig geht es um die Ablehnung aller Parteien und nicht den Inhalt des Plakats. Gegen die Fahnen von Jusos und „Grüner Jugend“ hatten sie allerdings nichts einzuwenden. Aber gegen die MLPD. Was hier zutage tritt, ist nichts anderes als Antikommunismus – bekanntlich Staatsreligion in Deutschland!

Die MLPD kämpft im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien seit jeher gegen die Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur und vertritt, dass der Kapitalismus die Existenz der Menschheit bedroht und die Ursache der begonnenen globalen Umweltkatastrophe ist. Wir tarnen uns auch nicht und segeln nicht unter fremder Flagge, sondern stehen klar zu unseren Inhalten: „Nur der revolutionäre Kampf zur Überwindung des imperialistischen Weltsystems und der Errichtung der vereinigten sozialistischen Staaten der Welt entscheidet darüber, ob

dieser begonnene Prozess der globalen Umweltkatastrophe noch gedämpft oder gar gestoppt werden kann“ (Stefan Engel: Die Krise der bürgerlichen Naturwissenschaft, Seite 91).

Darüber gab es mit der bis Mai 2023 existierenden Gruppe „Fridays for Future Bremen“ zunehmendes Einverständnis. Die Gruppe wurde deswegen ständig vor allem vonseiten der Grünen angegriffen, weil sie eben nicht die Unterordnung unter die Politik der Bundesregierung mitmachte, sich nicht damit zufrieden gab, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, und immer stärker den Kapitalismus angriff. Sie wurde von denselben Leuten angegriffen, und ihr wurde in infamer Weise Antisemitismus unterstellt, weil sie bei einer der letzten FFF-Demos Mitglieder einer palästinensischen Befreiungsbewegung sprechen ließ.

Diese Gruppe zog aus den Anfeindungen leider den falschen Schluss, sich aufzulösen. Damit war die Bahn frei, eine neue FFF-Gruppe zu gründen, die stromlinienförmig auf Kurs der systemkonformen, selbsternannten FFF-Spitze um Luisa Neubauer (Mitglied der Grünen) liegt und die Proteste auf Verkehrsfragen, Heizungssysteme et cetera reduziert, ohne das System infrage zu stellen.

Interessant, dass am Tag der FFF-Demo, dem 15. September 2023, im „Weser-Kurier“ zu lesen war, dass die Grünen-Spitze inzwischen einverstanden ist mit der extrem gefährlichen Kohlendioxidverpressung. Widerwärtig sind die Angriffe Neubauers und der Grünen gegen die „Letzte Generation“. Es ist kein Wunder, dass die jüngste FFF-Demo nicht nur zahlenmäßig, sondern vor allem inhaltlich hinter den früheren zurückblieb. Zahnlose Tiger braucht kein Mensch!

Die Bewegung „Fridays for Future“ kann stolz sein auf ihr fünfjähriges Bestehen. Wichtige Erfolge wurden erreicht: die Fähigkeit, Massenproteste zu organisieren; eine größere Sensibilität in der Gesellschaft für die Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen; eine weltweit vernetzte neue Jugendbewegung mit wachsender Kritik an der kapitalistischen Profitwirtschaft. Das gilt es weiterzuentwickeln, anstatt ins seichte Fahrwasser grüner „Realpolitik“ zurückzufallen.

„Riesige Wald- und Buschbrände, gigantische Sturzregen, absterbende Wälder, Überflutungen, Dürrekatastrophen und Tornados – nahezu täglich lesen wir Katastrophenmeldungen in Zeitungen und News-Tickern. Eine Reihe von irreversiblen Zerstörungs- und Selbstzerstörungsprozessen in der Natur entfalten sich und stellen das Überleben in immer mehr Regionen infrage. Diese Prozesse machen deutlich: Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen!

Die Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung sind die internationalen Übermonopole, die auf der Jagd nach Maximalprofit gnadenlos und wider besseres Wissen über dringend notwendigen Umweltschutz und akut gebotene Sofortmaßnahmen hinweggehen. Alle, die nicht in der globalen Umweltkatastrophe untergehen wollen, sind heute wie nie zuvor herausgefordert, einen gesellschaftsverändernden Kampf aufzunehmen. Eine Rettung der Menschheit wird nur im echten Sozialismus möglich sein.“ (Flyer zur Neuherausgabe „Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen“ – Bestellungen an den Verlag Neuer Weg, bei mlpd.bremen@web.de und in jeder guten Buchhandlung – ab 12,50 Euro.)

Ich fordere eine Entschuldigung sowohl der beteiligen „Ordner“ als auch der Polizei – und die Klarstellung, dass bei den kommenden FFF- und anderen Demos die Meinungs- und Versammlungsfreiheit respektiert wird. Bitte schickt Protestschreiben an FFF-Bremen, die Polizei und die Medien. Ich freue mich, wenn ihr sie auch an mich schickt – und auf eine gute Zusammenarbeit im Kampf gegen die globale Umweltkatastrophe und ihre Verursacher.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **2. Oktober 2023** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Bremer CDU-Chef tritt zurück: „Ich habe vor den Linken in der Bremischen Bürgerschaft mehr Angst als vor manchen Leuten in der AfD“ *(„Spiegel“)*

Elon Musk ruft auf zur Wahl der AfD: „Deutschland transportiert eine gewaltige Zahl illegaler Immigranten auf italienischen Boden“ *(„Raw Story“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

754. Bremer Montagsdemo

am 02. 10. 2023

Scholz trägt faktische Abschaffung des Asylrechts mit

Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen – mit beschleunigter Erderwärmung, Anstieg des Meeresspiegels, Zerstörung des Ozonschicht, beschleunigter Vernichtung der Wälder und Artensterben: Allein von den fliegenden Insekten gingen in den letzten 27 Jahren mehr als75 Prozent ihrer Biomasse verloren.

Als Folge der begonnen Umweltkatastrophe sind jetzt schon 110 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht – natürlich auch als Folge der imperialistischen Kriege und Stellvertreterkriege. Wenn es mit der Umweltkatastrophe so weitergeht, könnten es in wenigen Jahren eine Milliarde oder mehr Menschen sein, die ihre Heimat verlassen, weil sie dort nicht mehr leben können.

Alles schreit danach, dieses mörderische kapitalistische System, worin alles dem Profit untergeordnet ist, zu überwinden. Die Regierungen und bürgerlich- kapitalistischen Politiker tun jedoch das Gegenteil: Sie tun nichts gegen die Fluchtursachen, sondern bekämpfen und verunglimpfen die Flüchtlinge. So CDU- Chef Friedrich Merz, wenn er behauptet, Hunderttausende abgelehnte Asylbewerber würden sich in Deutschland „die Zähne machen lassen“, während die Deutschen „keine Termine beim Zahnarzt“ bekämen. Eine dreiste Lüge – übelste Hetze! Ein Versuch, in faschistoider Manier gegen Minderheiten zu hetzen, nach dem Motto „Deutschland zuerst“. Wahr ist, dass Flüchtlinge in Deutschland in den ersten 18 Monaten nicht krankenversichert sind – außer den mehr als einer Million Flüchtlingen aus der Ukraine, die vom ersten Tag an krankenversichert sind und arbeiten dürfen. Warum gibt es Flüchtlinge erster und zweiter Klasse?

Diese von der EU beschlossenen Maßnahmen werden auch von der Bundesregierung nach einem „Machtwort“ von Kanzler Scholz mitgetragen: faktische Abschaffung des Asylrechts, Obergrenzen für Flüchtlinge, Ausbau Europas zur Festung, vermehrte „Pushbacks“ (also das gewaltsame Zurücktreiben von Flüchtlingsbooten aufs offene Meer, was häufig zu deren Sinken und insgesamt

dem Ertrinken Tausender führt) und die Einrichtung von Gefangenenlagern für Flüchtlinge, in denen sie monatelang festgehalten werden können, um sie dann gewaltsam abzuschieben.

Politiker wie Söder – aber auch von anderen Parteien – behaupten, es gäbe einfach „nicht genügend Wohnraum“ für Flüchtlinge. Das ist kein Wunder, wurde der soziale Wohnungsbau doch fast eingestellt. Von vier Millionen Sozialwohnungen sind nur noch gut eine Million da!

Aber alle Abschottung und reaktionäre bis faschistische Politik wird den heute Herrschenden auf die Dauer nichts nützen. Die Massen wollen nicht untergehen in Umweltkatastrophe oder atomarem Inferno in einem Dritten Weltkrieg. Gegen die Rechtsentwicklung und Faschisierung der Regierungen und für die Rechte der Ausgebeuteten und Unterdrückten gibt es weltweit Widerstand, wenngleich noch zu wenig. Am vergangenen Sonntag gingen circa eine Million Menschen in Warschau gegen die reaktionäre PiS-Partei auf die Straße. Das zeigt, dass die Menschen in Polen eben nicht so reaktionär sind wie ihre Regierung.

Es gibt auch „kleinere“, aber wichtige Kämpfe wie jenen der Fernfahrer aus Osteuropa, die zwei Monate auf der Autobahnraststätte Gräfenhausen streikten, teils sogar im Hungerstreik, weil sie ihre Löhne nicht bekamen. Sie beendeten den Streik mit einem Sieg; ihr Geld wird jedenfalls „größtenteils“ bezahlt, und die unsäglichen Anzeigen gegen sie werden zurückgenommen. Vor allem wurden die Arbeitsbedingungen der Trucker ans Licht gebracht.

Weitere Kämpfe sind notwendig. So decken weder die Lohnerhöhungen der letzten Zeit noch die Erhöhung des Bürgergeldes die Inflation ab. Deswegen fordert die bundesweite Montagsdemo: 1.000 Euro Inflationsausgleich sofort für alle Bezieher staatlicher Leistungen! 20 Prozent Nachschlag für alle unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen! Was wir nicht brauchen, anders als die SPD und ihr Bürgermeister Bovenschulte fordern: einen „Industriestrompreis“ von fünf Cent pro Kilowattstunde, während unsereins bis zu 40 Cent bezahlt!

Die Koordinierungsgruppe **Bundesweite Montagsdemo** ruft auf zur **Herbstdemo** am **28. Oktober 2023**. Wir treffen uns um **9 Uhr** am Eingang des Bremer Hauptbahnhofs zur Fahrt nach **Hamburg**. Dort beginnt die diesjährige Herbstdemo um **11 Uhr** an der Glacischaussee, Ecke **Millerntorplatz**.

MLPD und „Rebell“ laden am selben Tag auch zur Veranstaltung „**100 Jahre Hamburger Aufstand**“ ein. Beginn ist um **17 Uhr** (Einlass ab 15 Uhr) in der **Stadtteilschule Altona**, Recha-Ellern-Weg. Es gibt eine Rede zum Hamburger Aufstand, leckere Spezialitäten, eine Revue mit Szenen und Liedern sowie Infostände und Kinderbetreuung. Ich lade euch herzlich dazu ein! –

Noch etwas Berichtenswertes ist geschehen: Am 15. September 2023 nahm ich an der Demonstration von „Fridays for Future“ in Bremen teil und wurde von der Polizei unter Gewaltanwendung vom Marktplatz gezogen.

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Rechtsrutsch in Hessen und Bayern: Ist es die Waffenunterstützung für die Ukraine oder das Gerede über eine „Migrantenschwemme“, was die AfD zu Wahlerfolgen treibt? *(„N-TV“)*

Sahrapartei-Gründungsverein gegründet: „Wir wollen eine Alternative für AfD-Wähler und -Sympathisanten sein, die mit Rechtsextremisten nichts am Hut haben“ *(„N-TV“)*

Umweltbewegung und Arbeiterbewegung gemeinsam!

Auf der 3. Internationalen Bergarbeiterkonferenz in Thüringen wurde am 1. September 2023 diese wegweisende Resolution beschlossen:

„Bergarbeiter stehen auf gegen die begonnene globale Umweltkatastrophe! Das Überleben der Menschheit ist durch die kapitalistische Profitwirtschaft bedroht! Tagtäglich holen wir Bergleute aus der Erde den Reichtum der Natur, den sich die internationalen Bergbaukonzerne ungeniert aneignen. Auch künftig braucht es Bergbau, aber Rohstoffe müssen umweltgerecht abgebaut und dürfen nicht vergeudet werden. Wir fordern umweltverträglichen Bergbau und umfassendes Recycling von Rohstoffen.

Die Verbrennung fossiler Rohstoffe muss umgehend beendet werden. Wenn wir feststellen, dass die globale Umweltkatastrophe bereits begonnen hat, dann sagen wir: Jetzt werden wir entschieden den Kampf aufnehmen. Wenn der Kapitalismus heute mit seinem zugespitzten Konkurrenzkampf nur noch auf Basis der Zerstörung der internationalen Lebensgrundlagen funktioniert, sagen wir ihm als ganzes System den Kampf an!

Wenn die Bergbaumonopole und Regierungen heute international die zerstörerische Ausbeutung von Mensch und Natur durchsetzen, festigen wir den internationalen Zusammenschluss, stärken die internationale Bergarbeiterkoordination und den Zusammenschluss mit weiteren Sozial- und Umweltbewegungen. Auch Armut treibt die Menschen dazu, immer ausgedehnter nach Bodenschätzen zu graben. Deswegen kämpfen wir für die Einheit der Lösung von sozialer und Umweltfrage. Bündeln wir unsere Kräfte, machen wir auch den internationalen Umweltkampftag zum Kampftag der gesamten Bergarbeiterbewegung!

Es ist unsere Aufgabe als internationale Bergarbeiterbewegung, bewusstseinsbildend über die begonnene globale Umweltkatastrophe zu wirken, uns an die Spitze des Kampfs für allseitige Schutz- und Sofortmaßnahmen zu stellen, oh-

ne damit Illusionen in die Möglichkeit einer grundsätzlichen Umsetzung in diesem System zu fördern. Wir führen diese Kämpfe als Schule und Bestandteil des gesellschaftsverändernden Kampfes. Das erfordert einen Paradigmenwechsels für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung von Mensch und Natur. Das ist eine wahrlich revolutionäre Aufgabe.

Der Kampf für ein würdevolles Leben muss jetzt geführt werden, sonst wird es zu spät sein! Es lebe die internationale Bewegung der Bergarbeiter, es lebe die Koordinierung der Kämpfe!“ –

Diese Resolution wurde einstimmig von der gesamten Bergarbeiterkonferenz beschlossen und auch als Aufruf für den Internationalen Umweltkampftag 2023 verabschiedet. Die Bergleute- und Arbeiterbewegung muss fester Bündnispartner für die Umweltbewegung werden – dafür steht die „Umweltgewerkschaft“. Deswegen: Macht Mit! Werdet Mitglied für ein oder zwei Euro im Monat. Das nächste **Treffen** der Regionalgruppe Bremen/Weser-Ems findet am **8. Oktober 2023** um **15 Uhr** in der **Kornstraße 31** statt. Dort werden wir gemeinsam den Internationalen **Umweltkampftag** am **9. Dezember 2023** vorbereiten.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

1.000 Euro Inflationsausgleich sofort für alle Bezieher von staatlichen Leistungen!

Kommt zu den **Herbstdemos** am **28.Oktober 2023** nach **Erfurt**, **Hamburg**, **Stuttgart**! Nicht die Faust in der Tasche ballen, sondern mit klarem Blick den Protest gegen die Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf die Bevölkerung nach draußen auf die Straße tragen! Die Welt gerät bedrohlich aus den Fugen. Seit mehr als anderthalb Jahren dauert nun schon der Ukraine-Krieg. Die Weltkriegsgefahr wächst. Schluss mit der Militarisierung, mit Waffenlieferungen und Kriegspolitik! Wir lassen uns auf keine Seite der Kriegstreiber ziehen – weder Putin noch Nato!

2023 erleben wir wie noch nie in Deutschland und weltweit regionale Umweltkatastrophen mit Rekordtemperaturen, Hitze und Dürre, Überschwemmungen. Das sind Vorboten einer dramatischen globalen Umweltkatastrophe. Die Rettung der Menschheit steht auf der Tagesordnung! Wir brauchen einschneidende Sofortmaßnahmen, damit die Lebensgrundlagen der Menschheit nicht weiter unaufhaltsam zerstört werden – aber auf Kosten der hauptverursachenden Großkonzerne! 100 Prozent regenerative Energien und kostenloser Personennahverkehr!

SPD und Grüne wollten ihr Hartz-IV-Trauma loswerden. Mit der Einführung des Bürgergelds hat sich fast nur der Name geändert; die Lage der Langzeitarbeitslosen und Aufstocker ist gleich geblieben. Die Reallöhne sind 2022 das dritte Jahr in Folge gesunken. Wie oft sie den Cent auch umdrehen, für viele Arbeiterfamilien, Azubis, Studenten und Rentner reicht das Einkommen hinten und vorne nicht. Über 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen wachsen in Armut auf.

Während für die Aufrüstung der Bundeswehr und für Großkonzerne wie Intel Milliarden Euro ausgegeben werden, ist für eine Kindergrundsicherung angeblich kein Geld da. Wir machen unsere eigene Rechnung auf. Wir fordern 1.000 Euro Inflationsausgleich sofort für alle Bezieher von staatlichen Leistungen! Dauerhafte Erhöhung des Bürgergelds, der Sozialhilfe, Mindestrente und weiterer Leistungen! Lohnnachschlag von mindestens 20 Prozent für alle unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen! Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Die Bundesregierung rückt immer weiter nach rechts, will uns das aber als fortschrittliche Politik verkaufen. Während über den Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel gejammert wird, werden Flüchtlinge, die arbeiten oder arbeiten wollen, abgeschoben. Umweltkämpfer werden kriminalisiert. Es fehlen 100.000 Kita-Plätze, die Zahl der Sozialwohnungen sinkt. Völlig zu Recht wollen über drei Viertel der Bevölkerung diese Regierung nicht weiter haben. Doch wer wütend über die Regierungspolitik ist und will, dass sich etwas ändert, muss sie und ihre Nutznießer auch aktiv bekämpfen. Das sind die Großkonzerne, Banken, Superreichen.

Die AfD inszeniert sich mit freundlicher Unterstützung der Medien als Protestpartei für die kleinen Leute. Doch noch nie hat die AfD Arbeitskämpfe unterstützt. Das Bürgergeld wurde von der asozialsten Partei Deutschlands als Aufforderung zum Müßiggang bezeichnet. Sie fordert eine Senkung der Gewinnsteuern für Unternehmen. Nicht die Faust nur in der Tasche ballen oder nach unten treten, sondern aktiv werden und mit klarem Blick den Kampf gegen die Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten auf die werktätige Bevölkerung, die Rentner, Kinder und weitere Betroffene führen!

Stärkt die kämpferische fortschrittliche Opposition gegen die Regierung! Wir haben viele konkrete Forderungen und Ziele. Aber es ist auch die Zeit, über gesellschaftliche Alternativen zu diesem zerstörerischen kapitalistischen Profitsystem zu diskutieren und zu kämpfen. Denn wir wollen eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder und Enkel und ein Überleben der Menschheit auf diesem Planeten! Wir stehen mit unserem Offenen Mikrofon für eine streitbare Diskussionskultur – auf antifaschistischer Grundlage. „Querdenker“, rechte Demagogen und Faschisten haben auf unserer Demo nichts zu suchen!

Aufruf der Koordinierungsgruppe Bundesweite Montagsdemo und des „Internationalistischen Bündnisses“

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **6. November 2023**
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Greta Thunberg verhaftet: „Die Öl- und Geld-Eliten wollen doch gar keinen Übergang zu erneuerbaren Energien“ *(„Raw Story“)*

Terror und Vertreibung: „Ich sage den Bewohnern von Gaza: Gehen Sie von dort jetzt weg“ *(„N-TV“)*

Unterdrückung und Terror: „Die Angriffe haben den Vorwand geliefert, den gerechten Kampf des palästinensischen Volks mit Faschisten in einen Topf zu werfen“ *(„Rote Fahne News“)*

„Spaltung von Gesellschaft und Militär“: Netanjahus Korruption hat der Verteidigungsbereitschaft Israels geschadet *(„Raw Story“)*

„Ein freies Palästina vom Fluss bis zum Meer“: Greta Thunberg entschuldigt sich für das Teilen eines antisemitischen Flugblatts von „Palästina spricht“ *(„Tagesspiegel“)*

Biblisch-historischer Gebietsanspruch: Israelische Siedler setzen mehr denn je auf Gewalt *(„N-TV“)*

Schon 45 Prozent der Häuser in Gaza beschädigt: „We [UN] have serious concerns that these are disproportionate attacks that could amount to war crimes“ *(„Daily Beast“)*

Reden kann er ja, der Habeck: Manchmal braucht es einen Kinderbuchautor, um die richtigen Worte zu finden *(„N-TV“)*

Gaza-Krieg hat neue Stufe erreicht

Stoppt das Abschlachten und die Vertreibung der Bevölkerung in Gaza! Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und dem demokratischen Widerstand des israelischen Volkes gegen das Netanjahu-Regime! Keine Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften wie „Islamischer Dschihad“ und Hamas!

Der Gaza-Krieg hat eine neue Stufe erreicht. 8.500 Menschen, davon zwei Drittel Frauen und Kinder, sind seit Beginn der israelischen Bodenoffensive schon gestorben. 1,5 Millionen wurden vertrieben. Dieser Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung ist Terror, ist Völkermord. Das hat mit Bestrafung der faschistischen Hamas nichts mehr zu tun. Eine sofortige Waffenruhe, wie sie 120 Staaten bei der UN-Vollversammlung gefordert haben, ist absolut notwendig.

Die deutsche Bundesregierung, vor allem Außenministerin Baerbock von den Grünen, lehnt diese ab! Ihr Rücktritt ist überfällig!

Ich schlage vor, bei der **Montagsdemo** am **6. November 2023** um **17:30 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz** den **Gaza-Krieg** in den Mittelpunkt zu stellen. Von Bundes- und Landesregierung wird jegliche Kritik an dem völkerrechtswidrigen Vernichtungskrieg Israels gegen die palästinensische Zivilbevölkerung als „antisemitisch“, und damit verboten, verleumdet. Aber wir lassen uns den Mund nicht verbieten. Wie immer gibt es bei der Montagsdemo, auf antifaschistischer Grundlage, ein Offenes Mikrofon. Jeder kann hier reden – nur eben keine Faschisten. Sympathiebekundungen für „Islamischer Dschihad“, Hamas oder andere faschistische Organisationen werden sofort unterbunden.

Bitte kommt alle – und mobilisiert noch andere! Ausdrücklich möchte ich auch alle fortschrittlichen, linken, antifaschistischen Menschen und Organisationen, die sonst nicht oder nicht mehr zur Montagsdemo kommen, dazu einladen, sich an dieser wichtigen Montagsdemo zu beteiligen.

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

755. Bremer Montagsdemo am 06. 11. 2023

Schaut euch beide Seiten an

Annalena Baerbock hat sich in einer Abstimmung bei den Vereinten Nationen zum Gazakrieg der Stimme enthalten und damit zwei Dinge zugleich gesagt: Sie kann einer Resolution nicht zustimmen, die nicht die Kriegsschuldfrage beantwortet, obwohl das möglich ist – Israel wurde Ziel eines entsetzlichen, aus dem Gazastreifen heraus geführten Terroranschlags mit vierstelliger Opferzahl und hat das Recht zur Selbstverteidigung. Sie kann diese Resolution aber auch nicht ablehnen, weil darin ja etwas Richtiges und Notwendiges enthalten ist – die Forderung nach sofortiger Waffenruhe und Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung. „Schaut euch beide Seiten an“ ist die Botschaft der Außenministerin. Sie muss jetzt nicht zurücktreten, bloß weil das lauwarm rüberkam; doch zum schwierigen Thema die bessere Rede gehalten und sich damit als Kanzlerkandidat empfohlen hat Robert Habeck.

Im Vorgehen der israelischen Regierung sehe ich die in einem übertragenen Sinne stalinistische, in guter Absicht betriebene staatliche Gewaltmaßnahme, die Opfer in Kauf nimmt. Die Tausenden von Frauen und Kindern in Gaza wurden nicht mit Vorsatz getötet, und nur dann ließe sich von Mord, gar Völkermord sprechen. Sie wurden mit Flugblättern zur Flucht aufgefordert und sind geblieben – wohl weil sie die Männer, die Raketen gen Israel hinter der Mauer abfeuern und denen die notwendige Gegenwehr gilt, als liebende Gatten und Väter kannten; sie fühlten sich nicht unbedingt als Geiseln von Terroristen. Nicht der Aufbau des Sozialismus ist nun das hehre Ziel der israelischen Gewaltmaßnahme, sondern der Erhalt des bürgerlich-demokratischen Rechtsstaates, der die Juden schützt. Dazu muss er sich das bedrohliche faschistische Terrornest einverleiben. Natürlich muss er auch die Palästinenser schützen und sie, wenn ihnen kein Land verbleibt, zu gleichberechtigten Staatsbürgern erheben und die Selbstbestimmung mit ihnen teilen. Das Gewaltmonopol muss beim Staat liegen. Nicht nur der Gazastreifen muss entwaffnet werden; im Westjordanland müssen auch die jüdischen Siedler ihre Waffen abgeben.

Mit ihrem Blutbad vom 7. Oktober 2023 hat die islamistische Terror-Organisation Hamas ihre Menschenfeindlichkeit, ihren Faschismus unter Beweis gestellt. Aber auch Parlamentarier, die Netanjahus Regierung stützen, äußern sich in entmenschlichender Weise. Galit Distel Atbaryan sagte: „Löscht ganz Gaza vom Angesicht der Erde, damit die gazanischen Monster zum südlichen Zaun fliehen und versuchen, ägyptisches Gebiet zu betreten, oder sterben, und ihr Tod wird entsetzlich sein! Gaza sollte ausgelöscht werden.“ Hat „Bibi“, indem er solche Faschisten an Schaltstellen installierte, bereits ein faschistisches Regime erschaffen? UN-Menschenrechtler nennen die israelischen Angriffe auf Gaza unverhältnismäßig und drücken die Sorge aus, sie könnten sich zu Kriegsverbrechen auswachsen und eine humanitäre Krise verursachen. Eine Evakuierung ohne Möglichkeit der Rückkehr würde zur ethnischen Säuberung, wie kürzlich in Bergkarabach geschehen.

Faschistisch nenne ich eine Gewaltmaßnahme oder -aktion, wenn in Vernichtungs-, Vertreibungs- und Eroberungswillen, sogar Blutrausch das Ziel gerade darin besteht, möglichst viele Opfer zu machen. Ich meine und hoffe, das ist seitens Israels nicht der Fall. Gute und böse Absicht zu unterscheiden erweckt keine Toten zum Leben, ist aber derzeit maßgebend bei den Bemühungen des US-amerikanischen Sonderstaatsanwalts Jack Smith, zuvor Ankläger von Kriegsverbrechern, dem Ex-Präsidenten Straftaten und Verfassungsbruch nachzuweisen: Hat Donald Trump wirklich ganz doll daran geglaubt, ihm sei 2020 der verdiente Wahlsieg gestohlen worden, hatten die Stürmer des Kapitols Grund zu solcher Sorge? Die israelische Regierung muss den Palästinensern glaubwürdig Grund zur Hoffnung geben, eine menschenwürdige Lösung für sie ausarbeiten, Soforthilfe und Wiederaufbau ermöglichen. Nur so wird sie den harten Übergriff ihrer Staatsgewalt rechtfertigen können.

Die Zwei-Staaten-Lösung ist keine, die Hoffnung wecken kann. Wie soll eine Volkswirtschaft ohne größere, zusammenhängende Landfläche lebensfähig sein? Schon das Versprechen von Selbstbestimmung ist trügerisch: 16 Jahre lang gab es keine Wahlen im Gazastreifen, Hilfsgelder für eine Entsalzungsanlage wurden für Waffenkäufe verwendet, die Herrschaft rissen Verbrecher an sich. Auch die Deutschen konnten die Herrschaft der Faschisten nicht selber abschütteln, sondern mussten befreit und entnazifiziert werden, unter Besatzung durch Stalin und die Alliierten. Stalin verkörpert für mich die notwendige Gegenkraft gegen den Faschismus. Stalinistisch nenne ich die Entschlossenheit, auch einen schwere Opfer fordernden Abwehrkrieg gegen den Faschismus aufzunehmen, um eine bessere, menschenwürdigere Zukunft zu verwirklichen, wie in der Charta der Vereinten Nationen entworfen, deren Präambel Stalin mitformuliert haben dürfte.

Was verkörpert Netanjahu? Erst hat er nationalistische Siedler mit historisch-biblischen Ansprüchen auf palästinensisches Gebiet gewähren lassen, um Wahlstimmen der Strenggläubigen zu gewinnen. Dann hat er, vergrätzt über Korruptionsverfahren gegen ihn, die Verfassungsgerichtsbarkeit beschnitten. Jetzt bibbert „Bibi“ im Bunker und befiehlt den Militäreinsatz, denn der faschistische An-

griff erfordert die stalinistische Abwehr: Panzer müssen rollen. Doch welche der von ihm beförderten Generäle haben die Opfermaximierung im Sinn? Pflichtvergessen war er eben noch so schön dabei, Rechtsstaat und Demokratie zu schleifen – nun muss er sie retten und erneuern als die gegenüber den Nachbarländern höher entwickelte Staatsform, in der Menschenrechte und Bürgerrechte gelten. Das ist die historische Aufgabe in seinem Amt. Die Welt schaut genauer hin, als es früher möglich war. Möge es keine Satellitenfotos von Todesmärschen in die Wüste geben.

Es ist die Ein-Staat-Lösung, die Sicherheit, Wohlstand und Gleichberechtigung für die Palästinenser verspricht. Nach der allgemeinen Entwaffnung werden Versöhnungswillen und Vertrauen wachsen. Es wird Zeit, nachzudenken über eine Verfassungsreform und darüber, ob auf der Staatsflagge neben dem Davidstern auch Platz für eine Mondsichel ist. Innerhalb des größeren Staates werden die Palästinenser ihre Siedlungsgebiete selbst verwalten können. Wie in Großbritannien, wo Waliser und Schotten erst vor einigen Jahren eigene Parlamente bekommen haben. Wie im glücklichen Belgien, wo Flamen und Wallonen nicht im Traum auf den Gedanken kämen, ihre kleinen Konflikte durch wechselseitigen Raketenbeschuss auszutragen. Wie in Deutschland, wo zwischen Bremen und Bremerhaven nur die Entfernung an sich die wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen behindert: Beim Übertritt ins niedersächsische Umland bemerkt oder ignoriert man bloß ein Schild am Straßenrand, eine Naht in der Asphaltdecke.

Das Vorgehen der israelischen Armee scheint unnötig hart zu sein. Aber ich meine, es drückt kleinbürgerlichen Pazifismus aus, sich der Einsicht Stalins zu verschließen, dass ein faschistischer Angriff auf ein Land mit Waffengewalt abgewehrt werden muss. Das ist mir schon beim Überfall auf die Ukraine aufgestoßen und bildet den Kern meiner Kritik an der Kriegstheorie der Marxisten-Leninisten. Vor unbequemen Aussagen zurückzuzucken, die in Widerspruch zu Forderungen der alten Friedensbewegung stehen, stellt das bequemere Werben für die Partei in den Vordergrund. Der Sozialismus kommt später doch. Der weltweite gesellschaftliche Umschwung wird vorangetrieben durch eine menschengemachte, aber nichtmenschliche Kraft, die Marx, Lenin und Stalin nicht vorausgesehen haben: das Umschwungsklima. Ein unerwarteter Wirbelsturm hat kürzlich Acapulco zerstört.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)

„Jews demand ceasefire now“: „End Israel’s genocidal bombardment of Palestinian civilians in Gaza!“ *(„Raw Story“)*

Bremen löscht Link zum „Friedensforum“: „Formulierungen, die den Staat Israel, israelische Staatsbürger und Jüdinnen und Juden diffamieren“ *(„Nachdenkseiten“)*

Wir unterstützen Greta Thunbergs Forderung nach Gerechtigkeit für Palästina

Solidarität mit Greta Thunberg gegen die Medienhetze und Schluss mit dem Spaltungsversuch gegenüber der weltweiten Jugend-Umweltbewegung „Fridays for Future“! Hoch die internationale Solidarität!

Die Auseinandersetzung um die Zuspitzung im Nahen Osten ist auch zu einer wesentlichen Frage der Umweltbewegung geworden. Unter anderem „Merkur“ titelte am 27. Oktober 2023: „Gretas Klimaretter hart auf Hamas-Kurs“. Die Grünen und auch „Fridays for Future Deutschland“ distanzieren sich von Greta Thunberg.

Josef Schuster, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, forderte am gleichen Tag sogar, dass „Fridays for Future Deutschland“ sich „umbenennen“ solle. Das ist nichts weniger als ein Aufruf zur Spaltung der weltweiten Jugendumweltbewegung! Warum distanziert sich Luisa Neubauer – das deutsche „Gesicht“ von FFF – in dieser Situation ausgerechnet von Greta Thunberg, anstatt solche Spaltungsversuche zurückzuweisen?

Greta Thunberg, das Vorbild für viele Jugendliche und Kinder, soll als Hamas-Unterstützerin oder Verharmloserin faschistischen Terrors demontiert werden. Sie sagt selber: „Es versteht sich von selbst – so dachte ich zumindest – dass ich gegen die schrecklichen Angriffe der Hamas bin. Wie ich schon sagte, die Welt muss ihre Stimme erheben und einen sofortigen Waffenstillstand, Gerechtigkeit und Freiheit für die Palästinenser und alle betroffenen Zivilisten fordern.“

Wir unterstützen die Forderung Gretas nach Gerechtigkeit für Palästina ausdrücklich! Den zweifellos barbarischen Terror der religiös-faschistischen Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung verurteilen wir scharf. Das rechtfertigt aber keine Massenbombardierung der gesamten palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen! Wir kritisieren, dass jegliche Kritik an Israels jahrzehntelanger Unterdrückung der Palästinenser als Antisemitismus verleumdet wird.

Diese Auseinandersetzung klärt auch die Fronten in dieser wichtigen Auseinandersetzung in der Umweltbewegung. Hoch die internationale Solidarität! Für die Vereinigung der Arbeiter-, Umwelt- und Friedensbewegung auch in Israel und Palästina! Sofortiger Stopp des Krieges!

Presseerklärung der „Umweltgewerkschaft“, vorgetragen von Harald Braun

Nahostkonflikt und Gazastreifen

Tausende Opfer machen noch keinen Völkermord. Das klingt zynisch, brutal und grausam, ist aber richtig. Ich habe mich auf der Marineunteroffiziersschule zwei Mal – Maatenlehrgang und später Bootsmannslehrgang – mit dem Kriegsvölkerrecht befassen dürfen. Gegnerische Stellungen, gegnerisches Personal, gegnerische Waffen und Infrastruktur wie Straßen, Bahnlinien, Bahnhöfe, Flugplätze, Brücken, Häfen, Handelsschiffe sind legitime Kriegsziele. Getötete Zivilisten, die sich in der Nähe von Kriegszielen aufgehalten haben, sind legitime Kollateralschäden; vergleiche die völlig zerstörten Bremer Stadtteile Walle und Gröpelingen im Zweiten Weltkrieg. Die alliierten Bomberflotten haben kriegsvölkerrechtlich keinen Völkermord betrieben, sondern den Hafen zerstört.

Aus meinem väterlichen Familienteil ist nur meine Großmutter mit meinem Vater dem „Danziger Kessel“ entkommen. Der jüngere Bruder meines Großvaters war zu der Zeit als kriegsversehrter einäugiger und einarmiger Zivilist Kollateralschaden.

Das Kriegsvölkerrecht ist und bleibt grausam. Ich habe nie verstanden, wieso in einigen Fällen unter anderem das „Friedensforum“ auf das Kriegsvölkerrecht pocht, denn wenn das Kriegsvölkerrecht angewandt werden muss, ist es zu spät. Dann hat die Politik versagt. Dann wird die Politik mit anderen Mitteln fortgesetzt. Aber auch den Clausewitz haben sie in Kenntnisnahme und Beachtung abgelehnt, was ich auch immer als weltfremd eingestuft habe, denn es gilt doch, die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ zu vermeiden.

Zur Forderung oder eigentlich eher zum frommen Wunsch nach einer Waffenruhe: Ich weiß ich jetzt nicht, was eine Waffenruhe ist. Falls jedoch damit ein Waffenstillstand gemeint ist, kann er nur bilateral zwischen den kriegführenden Parteien vereinbart werden. Mit wem soll Israel einen Waffenstillstand vereinbaren? Mit der Hamas als Zweig der islamistischen Muslimbruderschaft? Mit einer fanatischen, radikalen, fundamentalreligiösen Terrororganisation, vergleichsweise dem „Islamischen Staat“? Falls mit „Waffenruhe“ gemeint sein sollte, dass Israel einseitig das Schießen einstellt, sehe ich dies als Wunsch an, der nicht nur fromm, sondern auch weltfremd ist.

Das Thema Nahostkonflikt war mir immer zu heiß. Da habe ich mich immer herausgehalten. Wenn in seltenen Fällen auf der Montagsdemo irgendein Redner Nahost, Israel, Palästinenser zur Sprache brachte, bin ich immer abseits gegangen, als mein Hauptbeweggrund noch Hartz IV mit den damit zusam-

menhängenden Mietobergrenzen, Sanktionen und Ein-Euro-Jobs war. Das waren meine Spezialgebiete, in denen ich etwas Konkretes bewirken konnte. Von „Nahost“ hatte ich keine Ahnung, kann bis heute nichts Konkretes bewirken, und „Gotteseidank“ haben den durchgestrichenen Davidstern unseres „Künstlers“ keine aufgeheizten Palästinenser wahrgenommen.

Seit meiner Kindheitswahrnehmung beginnen Nachrichtensprecher so manche Meldung mit dem Satz: „Bei den gestrigen Auseinandersetzungen im Gazastreifen...“ Es ist einfach unfassbar, wie lange diese Konflikte schon kochen. Mittlerweile habe ich mir einige Kenntnisse angelesen, unter anderem die Bücher von Michael Lüders oder „Breaking the Silence“, was mich nicht unbedingt zum Experten macht, mir jedoch einen Überblick über die Fraktionen verschafft, die sich dort gegenseitig die Köpfe einhauen. Es gab mal eine Zeit, in der diese Gebiete Bestandteile des Osmanischen Reiches waren. Von einer Multikulti-Gesellschaft konnte zwar nicht die Rede sein, die verschiedenen Ethnien und Religionen blieben unter sich und koexistierten, ohne sich gegenseitig an die Gurgel zu gehen. Das wäre doch schon mal was.

Die Palästinenser zu Staatsbürgern Israels machen und ihnen lokale Autonomien und Verwaltung ihrer Gebiet überlassen: prima Idee, seit über 50 Jahren überfällig. Das ist möglich, das muss man nur wollen. Jedoch gibt es in den Schaltstellen und Führungsebenen der Fraktionen, die an lukrativen Posten und Geschäftsinteressen hängen, mit politischen Einflüssen und mitunter radikalreligiösen Anhängerschaften, allzu geringes Interesse an friedlicher Koexistenz.

Ich werde mich also diesmal wieder heraushalten, denn ich kann nichts Konkretes bewirken, und es fällt mir im Traum nicht ein, für irgendjemanden Partei zu ergreifen. Auch den „Fridays For Future“, die sich gerade wieder einmal in dieser Thematik verrennen, sei angeraten, sich herauszuhalten. Das ist nicht euer Thema. Ihr könnt nichts Konkretes bewirken. Energiewende, Verkehrswende sind unter anderem die Themen, mit denen ihr Konkretes bewirken könnt. Wir brauchen euch, und es wäre schade, wenn ihr euch „wegen Nahost“ zerschlagen lasst.

Israelhass geht gar nicht, absolutes No-Go. „Der Judenstaat“ von Theodor Herzl habe ich auch gelesen. Die Idee des modernen Israel ist Ende des 19. Jahrhunderts als Resultat Jahrtausende währender Vorurteile, Diskriminierungen, Gettoisierungen, Entrechtungen und Pogromen an Juden in Europa entstanden und die Staatsgründung Israels 1948 vor allem eine Frucht Überlebender aus der Asche des Holocaust. – Greta Thunberg ist jung und Schwedin. Für mich als deutscher Kriegsenkel und Erbe der Völkermordverbrechen meiner Großeltern- und Elterngeneration ist das Existenzrecht Israels, das seit seiner Gründung in fünf nacheinander folgenden Kriegen von vereinigten arabischen Nachbarstaaten angegriffen wurde, jedoch unmissverständlich unantastbar.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Der Krieg in Palästina geht nicht nur um Gaza

Unser aller Mitgefühl gilt ganz sicher den Angehörigen der beim Massaker der faschistischen Hamas am 7. Oktober 2023 Ermordeten. Viele davon waren Jugendliche – etliche davon waren auf einem Festival und waren erklärte Netanjahu-Gegner! Sie wurden brutal und grausam hingemetzelt. Das ist faschistischer Terror, der durch nichts zu rechtfertigen ist.

Unser Mitgefühl gilt aber auch den inzwischen mehr als10.000 Toten durch den Bombenterror und die Bodenoffensive der israelischen Armee, davon circa zwei Drittel Frauen und Kinder! Das hat nichts mehr mit „Bestrafung der Täter“ zu tun. Israels Vorgehen richtet sich nicht gegen die Hamas in erster Linie, sondern das palästinensische Volk. Der Plan ist, Gaza vollständig Israel einzuverleiben und die über zwei Millionen dort lebenden Palästinenser umzubringen oder zu vertreiben.

Ein dokumentierter Plan dafür liegt vor, was selbst von Netanjahu nicht bestritten wird: In Stufe 1 werden die Bewohner von Gaza in den Süden vertrieben. Das ist inzwischen erfolgt. Israels Regierung feiert die Teilung Gazas in Nord und Süd bei gleichzeitigem Dauerbeschuss. Auch im Süden werden die Menschen angegriffen. Stufe 2: Die Palästinenser, die den Terror überlebt haben, werden in die Wüste Sinai in Zeltstädte vertrieben, wo sie keine Überlebenschancen haben, oder sie sollen ganz fliehen – ganz Israel soll „palästinenserfrei“ werden.

Netanjahu lamentierte, dass sein Geheimdienst nicht vor dem Terroranschlag der Hamas gewarnt habe. Das ist sehr unglaubwürdig. Vielleicht war es vielmehr so, dass dieses Massaker ihm gerade recht kam, um seine imperialistischen Eroberungspläne in die Tat umzusetzen – und nicht zuletzt, um den wachsenden Widerstand der eigenen Bevölkerung gegen seine zunehmend faschistische Politik zu brechen. Das wäre nicht das erste Mal in der Geschichte: Ich denke nur an die US-Pläne für den Afghanistan-Krieg, die schon vor dem 11. September 2001 in der Schublade bereitlagen.

Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf! Ich protestiere gegen die Kriminalisierung der Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf. Diese Solidarität hat nichts mit Antisemitismus zu tun!

Am Mittwoch jährt sich zum 85. Mal die Reichspogromnacht. Auch dieser und der Millionen ermordeter Juden gedenken wir heute. Die Lehre daraus muss sein: Faschismus und Rassismus in jeglicher Form muss bekämpft werden – auch der von Netanjahu und seiner Regierung. Das sehen übrigens auch Millionen Israelis

so. Bis zum 7. Oktober waren jede Woche Hunderttausende gegen die Regierung in Israel und die Faschisierung des Staatsapparats auf der Straße. Das wird jetzt durch Kriegsrecht unterdrückt. Solidarität deshalb auch mit der antifaschistischen demokratischen Bewegung in Israel!

Seit 1948 wurden 700.000 Palästinenser vertrieben. Es gab es eine ständige Vergrößerung Israels auf Kosten Palästinas. Inzwischen ist Israel ein neuimperialistisches Land. Längst geht es nicht mehr „nur“ um einen Gaza-Krieg: Alle Imperialisten bereiten den Dritten Weltkrieg vor. Der Krieg in Palästina geht nicht nur um Gaza. Ein atomwaffenfähiges U-Boot sowie Flugzeugträger der USA sind inzwischen eingetroffen. Wirtschaftsminister Habeck bringt einen Bundeswehreinsatz an der Seite Israels ins Spiel und spricht offen von Weltkrieg, Kriegsminister Pistorius fordert die „Kriegsfähigkeit“ Deutschlands.

Ein konkretes Ziel Israels und seiner Verbündeten sind auch die 28,5 Milliarden Kubikmeter Gasvorkommen vor Gaza – das will Israel für sich. Der Ukrainekrieg und die Gasverknappung haben diese Begehrlichkeit noch verstärkt. Auf der anderen Seite steht der faschistische Iran, ebenfalls eine neuimperialistische Macht, im Bündnis mit dem sozialimperialistischen China und dem neuimperialistischen Russland.

Es ist absolut keine Lösung, sich auf eine dieser Seiten zu stellen. Die Perspektive kann nur die revolutionäre Überwindung des Imperialismus, die Erkämpfung des Sozialismus sein.

Wir verurteilen genauso den Terror der faschistischen Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung und den Bombenterror der israelischen Regierung. Unter der Führung von Hamas oder dem „Islamischen Dschihad“ wird es keine Befreiung, sondern faschistische Unterdrückung geben, wo Frauen, die kein Kopftuch tragen, ausgepeitscht oder getötet werden, wo Folter und brutalste Unterdrückung herrschen.

Das ist die blutige Lehre aus dem Iran, wo fortschrittliche Kräfte dem verhängnisvollen Irrtum unterlagen, sie könnten mit Khomeini und seinen Mullahs gemeinsam gegen den Imperialismus und das Schah-Regime kämpfen. Tausende bezahlten dafür mit dem Leben, und heute hat der Iran eines der fürchterlichsten faschistischen Regime. Damals wurde von den USA mit Hilfe der CIA der Sturz des Schahs gefördert, um die islamistischen Geistlichen an die Macht zu bringen – und um die sozialistische Revolution zu verhindern! Davon hat das israelische Regime gelernt: Nachweislich hat Israels Regierung mitgewirkt an der Gründung von Hamas, ebenfalls um eine sozialistische Entwicklung zu verhindern.

Ich kritisiere daher aufs Schärfste, dass es „linke“ Organisationen in Deutschland gibt, die mit Hamas und anderen islamistischen Organisationen sympathisieren. Diese „Querfront“ dient einzig und allein den Faschisten! Und ich kritisiere aufs Schärfste die deutsche Regierung: Sie stellt sich voll und ganz auf die Seite Israels und unterdrückt die Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf. Außenministerin Baerbock hat sich in der UN-Vollversammlung gegen die

von 120 Staaten erhobene Forderung nach sofortiger Waffenruhe gestellt. Deshalb: Rücktritt von Baerbock!

Stoppt die Bodenoffensive und Vertreibungen! Waffenstillstand sofort! Rückzug aller Truppen, auch des atomwaffenfähigen US-U-Bootes und der Flugzeugträger! Freiheit für Palästina! Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein!

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Die MLPD lädt ein zur **Veranstaltung** „**Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen!**“ am **Freitag**, dem **10. November 2023**, um **19 Uhr** (Einlass 18.30 Uhr) im „Roten Atelier“ im „**Kunz**“, Sedanstraße 12. Reinhard Funk, Mitglied des Zentralkomitees, wird das Buch mit diesem Titel vorstellen. Anschließend findet eine Diskussion dazu statt.

MLPD und „Rebell“ laden herzlich ein zur **Eröffnung** des „**Roten Ateliers**“. Der neue Raum befindet sich im Souterrain des **Kulturzentrums** „**Kunz**“ in der Neustadt, Sedanstraße 12. Wir sind gerade fleißig am Streichen, Renovieren und Einrichten für das Eröffnungsfest am **3. Dezember 2023** ab **15 Uhr**. Wir laden ein zum Kennenlernen, gemütlichen Zusammensein und Austauschen! Passend zum 1. Advent gibt es Punsch, Glühwein, Kuchen und Kekse (ihr könnt auch gern etwas mitbringen!), kulturelle Beiträge, Kinderschminken und Spiele, fortschrittliche und revolutionäre Literatur.

Das „Rote Atelier“ fördert fortschrittliche Kultur, Austausch und Politik. Auf antifaschistischer Grundlage sind alle eingeladen, uns kennenzulernen und selbst aktiv mitzugestalten! Der Raum kann für faire Preise auch gemietet werden. Du bist neugierig, hast Ideen, möchtest etwas zum Fest beitragen oder eine Veranstaltung hier organisieren? Dann meldet euch bei uns unter *mlpd.bremen(at)web.de*. Kommt vorbei und bringt eure Bekannten mit. Wir freuen uns auf euch! Rebellische Grüße.

EU-Richtlinie gilt ab 15. November 2024: Auch der Mindestlohn sollte automatisch erhöht werden, damit der Lohnabstand erhalten bleibt *(Amtsblatt der EU; Artikel 17, Punkt 28)*

Kein „Hartz V“

Wenn man in Niedriglohnbranchen denkt, Mitarbeiter könnten ihren Arbeitsplatz zugunsten des Bürgergeldes aufgeben, wenn es im Januar 2024 erhöht wird, kann ich entweder von ahnungsloser Kaffeesatzleserei ausgehen oder von ge-

zielter Hetze gegen eine angeblich zu hohe Grundsicherung. Denn auch wenn nun von Bürgergeld die Rede ist und nicht von „Hartz V“, ist es „Armut per Gesetz“ geblieben. Den neuen Erwerbslosen werden lediglich temporär ein paar Vergünstigungen gestattet, wie noch in einer „zu teuren“ Wohnung bleiben oder mehr Erspartes behalten zu dürfen.

Kein Erwerbsloser kann es sich erlauben, einen Arbeitsplatz einfach so niederzulegen, weil dieser schlecht bezahlt wird, da er sonst eine dreimonatige Sperre des Arbeitslosengeldes erhalten würde. Wahrscheinlich befürchtet die Niedriglohnbranche eher eine Abwanderung ihrer Beschäftigten in besser bezahlte Stellen. Hoffentlich zu Recht.

Ich habe mich schon oft über Dumpinglohnarbeitgeber geärgert, die ihren Angestellten so wenig Lohn zahlen, dass Milliardenbeträge aus Steuermitteln aufgewendet werden müssen, um nicht existenzsichernde Arbeit aufzustocken.

Der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ kritisiert die Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung auf 563 Euro zum Januar 2024 als viel zu niedrig. Um vor Armut zu schützen, müsste der Regelsatz für Erwachsene mindestens 813 Euro betragen. Gerade Bürgergeld beziehende Familien leiden unter steigenden Kosten und bekamen bisher keinen Inflationsausgleich.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Dieses Jahr erstmals schon: Es gab für Alleinstehende plus 53 Euro. Plus 61 Euro sind es im nächsten. Es bleiben die bisherigen Tricks zum Kleinrechnen des Regelbedarfs unangetastet (Kaffeepulver statt Cafébesuch zur „sozialen Teilhabe“), aber ich möchte anerkennen, dass unser dicker Arbeitsminister hier still und heimlich einen Zuwachsgenerator gebastelt hat, der sich sehen lassen kann. Anders als jahrzehntelang üblich liegt der Anstieg oberhalb der offiziellen Inflationsrate und gleicht tatsächlich beinahe die höhere Teuerung bei Lebensmitteln aus. Und auf einmal entsteht Lohndruck von unten, sogar ohne Massenstreiks. Deshalb die neuerliche Hetze, das Bürgergeld sei zu hoch, Arbeit lohne sich nicht

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Über die Rente spricht niemand. Ich bekomme aktuell 13,59 brutto die Stunde. Jährlich erhöht sich mein Rentenanspruch um 25 Euro. Um auf einen Rentenanspruch von 1.500 Euro (abzüglich SV) zu kommen, müsste ich 60 Jahre arbeiten. Mit meiner Schwerbehinderung schaffe ich das nicht. Immerhin bin ich nicht zwei Jahre früher in Rente gegangen. Deshalb darf ich mit Rente beliebig dazuverdienen. Ostern ist es dann so weit: Da gehe ich in Grundsicherung! Mein Renten-

anspruch liegt bei 692 Euro. Schule, Ausbildungen, erbärmliche Einkommen, Arbeitslosigkeit haben das erreicht.

Regina (parteilos)

Beim Bürgergeld käme ich als Einpersonenhaushalt ab 2024 mit 563 Euro Regelleistung zuzüglich Bruttokaltmiete und Heizkosten auf 1.086,60 Euro. Mit dem Mindestlohn ab 2024 von monatlich brutto 2.151,07 und netto circa 1.533,42 Euro würde ich wohl zugunsten des Bürgergeldes nicht kündigen, zumal bei selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld für drei Monate gesperrt ist. Herr Merz könnte diese drei Monate sicherlich locker überbrücken, aber das ist hypothetisch, da er für das Bürgergeld ohnehin zu reich ist.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Alle hetzen gegen Migranten: Und dann gewinnt der rechtsextreme Oberhetzer die Wahl *(„N-TV“)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **4. Dezember 2023** wieder um **17:30 Uhr**, wegen des Weihnachtsmarktes jedoch auf der **Domsheide** vor dem Konzerthaus Glocke.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

756. Bremer Montagsdemo am 04. 12. 2023

Jahr der Umweltextreme – Jahr der Strategiediskussionen

„Das Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schließt sich rapide.“ Das ist die zentrale Schlussfolgerung des neuesten Berichts des Weltklimarats (IPCC) vom März 2023. Er stützt sich auf die Arbeit von 740 Wissenschaftlern aus 90 Ländern und zehntausende Forschungsberichte. Ist das übertrieben, Alarmismus oder gar nur bewusste Angstmacherei, um mit Umweltschutzmaßnahmen Geld zu machen, wie etwa die AfD behauptet?

Nein, es ist gerade andersherum: Die Leugnung der kapitalistisch verursachten Klima- und Umweltkatastrophe, wie es die AfD und ihre ultrarechten und faschistischen Freunde von Trump bis Putin betreiben, zielt auf die Sicherung der seit Jahrzehnten sprudelnden Milliardengewinne aus der „billigen“ Öl-, Gas- und Kohle-Verbrennung. Der „Ölmilliardär“ ist geradezu sprichwörtlich geworden. Ausgerechnet einer dieser Ölmilliardäre, Sultan Al-Jaber, Chef des Ölkonzerns ADNOC, ist jetzt sogar Vorsitzender der diesjährigen Weltklimakonferenz COP28 in Abu Dhabi. Was für ein Zeichen!

Dass die bundesdeutsche Ampel-Regierung tatsächlich die Kosten von Umweltschutzmaßnahmen auf die Bevölkerung abwälzt, statt die Konzerne und Banken als Hauptverursacher der Umweltkrise zur Kasse zu bitten, steht auf einem anderen Blatt. Umwelt- und Klimaschutz sind dringend nötig und massiv zu verstärken, einschließlich der dazu nötigen Arbeitsplätze – aber auf Kosten der Konzerne, Monopole und Multimilliardäre! Wie wär’s mit einer Kapital-Umweltsteuer, berechnet nach Umsatz und Vermögen anstatt der Kohlendioxidsteuer für die breiten Massen? Wetten, die AfD wäre dagegen? Sie war bisher schon gegen jede Vermögensteuer in Deutschland, ist eben eine Kapitalistenpartei.

Allen „Klimaleugnern“ zum Trotz wurden 2023 immer krassere regionale Umweltkatastrophen zum überzeugenden „Argument“ der Wirklichkeit. Einige Bei-

spiele: extreme Hitzewellen (44 bis 50 Grad in Spanien, Griechenland, Tunesien, Marokko, Texas); extreme Meerestemperaturen (Mittelmeer fünf Grad über dem Durchschnitt, Nordatlantik warm wie nie); extreme Waldbrände (in Griechenland, Kanada, Hawaii), extreme Regenfluten (in Libyen, Griechenland, der Türkei); extreme Dürren (im Amazonasgebiet, Wasserspiegel großer Flüsse teils um 17 Meter gefallen).

Die Extreme sind nur ein Vorgeschmack auf eine ausgereifte globale Umweltkatastrophe, die alle Lebensgrundlagen der Menschheit zerstören würde. Die Aktivisten der „Letzten Generation“ greifen angesichts der Situation zu verzweifelt wirkenden Protestformen, um die Regierenden auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Leider beeindruckt das die herrschenden Umweltverbrecher aus Börse, Bank- und Monopolwirtschaft nicht sonderlich. Diese Leute sind sogar bereit, einen neuen Weltkrieg einschließlich Atomwaffeneinsatz billigend in Kauf zu nehmen, um ihre Profite und Rohstoffgebiete zu vergrößern! Was sie wirklich fürchten, ist die vereinigte Kampfkraft von internationaler Arbeiter- und Umweltbewegung – der Weg, für den auch die „Umweltgewerkschaft“ steht.

Die auf der 3. Internationalen Bergarbeiterkonferenz 2023 beschlossene Resolution „Bergarbeiter stehen auf gegen die begonnene globale Umweltkatastrophe!“ war ein bedeutender Schritt auf diesem Weg. Werdet Mitglied in der „Umweltgewerkschaft“, um genau diese Richtung aktiv zu fördern! Für eine befreite Welt ohne Ausbeutung von Mensch und Natur, Kriege und Unterdrückung! Welcher Weg führt dahin? Das wollen wir im Frühjahr 2024 auf einem bundesweiten umweltpolitischen Strategiekongress diskutieren. Beteiligt euch an der Vorbereitung!

Der **9. Dezember 2023** ist **Internationaler Umweltaktionstag**. Kommt zur **Kundgebung** um **11 Uhr** auf dem **Delmemarkt** (Pappelstraße, Neustadt) und zum nächsten **Treffen** der „Umweltgewerkschaft“ am **17. Dezember 2023** um **15 Uhr** in der **Zionsgemeinde**, Kornstraße 31! Kontakt und Infos: umweltgewerkschaft-bremen(at)cloudmail.de.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Israel geht es um die Beherrschung ganz Palästinas

Nach einer Woche Feuerpause geht das Gemetzel in Gaza verstärkt weiter. Es gibt schon mehr als15.000 tote Palästinenser! Und wie zynisch: Erst wurden sie aus dem Norden Gazas in den Süden vertrieben – und dieser wird jetzt genauso bombardiert und plattgemacht wie zuvor der Norden. Wohin sollen die Menschen denn jetzt fliehen? In die Wüste?

Israel geht es nicht um die Bestrafung der Hamas-Terroristen – es geht um die Beherrschung ganz Palästinas. Offen sagt Netanjahu, dass er gegen eine Zwei-Staaten-Lösung ist, wie sie die UN seit Jahrzehnten fordert. Auch das Westjordanland wollen er und seine mit Faschisten durchsetzte Regierung besitzen. Wer von den Palästinensern diesen Staatsterror überlebt, soll in die Flucht gezwungen werden.

Der Direktor im Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UN, Craig Mokhiber, ist zurückgetreten. In seinem Rücktrittsschreiben erklärt er: „Wieder einmal sehen wir, wie sich vor unseren Augen ein Völkermord vollzieht.“ Wie wahr! Diesen aber als solchen zu benennen, als Genozid, wird in Deutschland verboten. In Hamburg mussten Demonstranten am Samstag ihr Schild verdecken, auf dem das stand, um nicht gewaltsam aus der Demo entfernt zu werden. Jede Kritik an der mörderischen Politik Israels wird als „antisemitisch“ gebrandmarkt. Es gibt aber keinen „linken Antisemitismus“.

Die Palästinenser sind die ursprünglichen Einwohner der Region, es ist ihr Land, und sie haben das Recht, dort zu leben – ebenso wie seit Gründung des Staates Israel die Juden. Die beste Lösung wäre ein gemeinsames Palästina/Israel, in dem Palästinenser und Juden gleichberechtigt unter sozialistischen Bedingungen zusammenleben. Das wird nicht umgesetzt, weil die USA und Europa Israel als ihren Wachhund im Nahen und mittleren Osten einsetzen. Solange ein freies gleichberechtigtes Palästina/Israel nicht möglich ist, ist die Zwei-Staaten-Lösung richtig – was beinhaltet, dass sich Israel aus allen besetzten Gebieten zurückzieht.

Dass Israel gegründet wurde, hat seine Ursache in der entsetzlichen Vernichtung von sechs Millionen Juden durch die Nazis. Das ist unentschuldbar; das schlimmste Verbrechen, das man sich vorstellen kann. Aber kann das die Rechtfertigung dafür sein, dass die heutige israelische Regierung die Menschenrechte mit Füßen tritt? Dass der faschistische Anschlag der Hamas benutzt wird, dem palästinensischen Volk alles zu nehmen: das Essen, das Trinken, die Wohnung, das Leben? Dieser Krieg muss sofort eingestellt und der Einmarsch nach Gaza gestoppt werden! Die israelischen Truppen müssen abgezogen, die illegalen Siedlungen in den besetzten Gebieten geräumt werden. Freiheit für Palästina!

Die faschistische Organisation Hamas, die vom faschistischen Iran unterstützt wird, muss bekämpft werden. Wo solche Kräfte an der Macht sind, herrscht blanker faschistischer Terror, wie man im Iran und in Afghanistan sehen kann, wo Frauen ausgepeitscht und gesteinigt werden, wenn sie sich weigern, den Schleier zu tragen. Protestiert gegen die imperialistische Aggression Israels! Schluss mit der Unterstützung der israelischen Aggression durch die deutsche Bundesregierung! Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf! Für eine neue,

revolutionäre Intifada! Nein zu faschistischen Kräften wie „Islamischer Dschihad“ oder Hamas! Unterstützt die Spendensammlungen der United Front „Gaza soll leben“!

Übrigens gab es am Samstag eine Demo auf dem Maidan-Platz in Kiew. Die Forderungen lauteten: „Stoppt den Krieg! Rückkehr unserer Männer! Gegen Korruption!“ Wer kein Bestechungsgeld zahlen kann, ist schon seit 20 Monaten an der Front. Schluss mit dem Krieg! Keine Waffenlieferungen an die Ukraine!

Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang meint, die Jugend von „Fridays for Future“ müsse sich nicht „zu allen politischen Fragen äußern“. Und sie meint damit Greta Thunberg, die sich völlig richtig gegen den israelischen Terror in Gaza ausgesprochen und damit in Worte gefasst hat, was Millionen Menschen und ein Großteil der zumeist jungen FFF-Demonstranten denken – auch wenn deren selbsternannte deutsche Sprecherin Luisa Neubauer, auch Grünen-Mitglied, das verbieten will. So hätten sie es gern! Aber die Jugend lässt sich den Mund nicht verbieten.

Es besteht auch ein direkter Zusammenhang zwischen der imperialistischen Kriegspolitik in der Ukraine und in Palästina und der Zerstörung der Lebensgrundlagen von Mensch und Natur durch die Unterordnung unter die Profitinteressen. Es ist Zeit, dass der Imperialismus besiegt wird und Bedingungen geschaffen werden, unter denen die Einheit von Mensch und Natur wieder hergestellt werden kann und imperialistische Kriege der Vergangenheit angehören – das sind für mich die vereinigten sozialistischen Staaten der Welt.

Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **8. Januar 2024**
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Wolfgang Lange** (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen,

Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler),

Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84,

BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum/**Datenschutz**: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de (parteilos) – Für die Beiträge haften die Verfasser. Zuschriften können intern diskutiert und veröffentlicht werden. Diese Website verwendet statisches HTML ohne Scripting oder Tracker, setzt keine Cookies und erfasst selbst keine Besucherdaten. Der Provider erfasst Ihre IP-Adresse, Verweildauer sowie Seitenaufrufe für eine Statistik. Es gibt keine Werbeeinnahmen aus eingebundenen oder verlinkten Fremdinhalten.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz